

Sitzung Nr. 9 vom 25. Oktober 2022

Vorsitz	François Scheidegger, Stadtpräsident
Anwesend	Alexander Kaufmann Angela Kummer Daniel Hafner Michael Schlup (Ersatz) Robert Gerber Konrad Schleiss (Ersatz) Ivo von Büren Marc Willemin Nicole Arnold Fabian Affolter Richard Aschberger Matthias Meier-Moreno Tobias Neuhaus (Ersatz) Patrick Crausaz
Entschuldigt	Remo Bill Peter Brotschi Alexander Kohli Markus Böhi, Zivilschutzkommandant
Anwesend von Amtes wegen	Aquil Briggen, Stadtbaumeister Nicole Hirt, Gesamtschulleiterin David Baumgartner, Finanzverwalter Reto Kämpfer, Leiter SDOL Esther Müller-Cernoch, Leiterin Personalamt Susanne Sahli, Wirtschaftsförderin Mike Brotschi, Projektleiter SF/KSF Thomas Maritz, Feuerwehrkommandant Jürg Zbinden, Stv. Zivilschutzkommandant Daniel Polling, Leiter Polizeipolizeiinspektorat Luzia Meister, Stadtschreiberin Anne-Catherine Schneeberger-Lutz, Ratssekretärin, Stadtschreiberin-Stv. (Protokollführerin)
Dauer der Sitzung	17:00 Uhr - 21:50 Uhr

TRAKTANDEN

(2938 - 2947)

- 1 2938 Neugestaltung Stadtpark, Status
- 2 2939 Doppelturm- und Schwimmhalle: Sanierung Beckenbereich Schwimmhalle, Investitionskredit
- 3 2940 Finanzplan 2023-2027
- 4 2941 Budget 2023: Genehmigung des Budgets sowie Festsetzung des Steuerfusses, der Personalsteuer und der Feuerwehrdienstpflicht-Ersatzabgabe
- 5 2942 Einsetzung eines Informatikbeirats
- 6 2943 Top Entwicklungsstandort Agglomeration Grenchen: Erarbeitung Masterplan und Bewilligung Nachtragskredit
- 7 2944 Motion Remo Bill (SP): Einsetzung eines Gestaltungsbeirats: Beschluss über Erheblicherklärung
- 8 2945 Überparteiliche Motion: Schaffung einer Arbeitsgruppe „Umwelt und Energie“: Beschluss über Erheblicherklärung
- 9 2946 Postulat Daniel Hafner (SP): "Die nette Toilette" - die Lösung für Grenchens Probleme wegen mangelnder öffentlicher WC-Anlagen: Beschluss über Erheblicherklärung
- 10 2947 Mitteilungen und Verschiedenes

- o -

Genehmigung:

Das Traktandum 9 „*UNICEF Kinderfreundliche Gemeinde: Aktionsplan II*“ wird auf Antrag der Jugendkommission auf die nächste GR-Sitzung vom 15. November 2022 vertagt.

- o -

Neugestaltung Stadtpark, Status

Vorlage: KZL/21.09.2022

1 Erläuterungen zum Eintreten

1.1 Stadtbaumeister Aquil Briggen fasst die Vorlage kurz zusammen.

1.2 Stadtpräsident François Scheidegger gibt ergänzende Erläuterungen

2 Eintreten

2.1 Gemeinderätin Angela Kummer beantragt, nochmals zu prüfen, ob es wirklich eine Etappierung auf vier Jahre sein muss. Vielleicht kommt man rein Organisatorisches zum Schluss, dass etwas anderes Sinn macht. Vielleicht könnte man es auch in drei Etappen ausführen.

2.1.1 Die Frage der Etappierung kann nach Auffassung von François Scheidegger bei der weiteren Bearbeitung nochmals überprüft werden.

2.1.2 Aquil Briggen meint, dass die Baudirektion das gerne anschauen kann. Der Hintergrund, warum man es vor 3 Jahren auf 4 Jahre etappieren wollte, war, dass man möglichst viel selbst machen wollte.

Eintreten wird beschlossen.

3 Detailberatung

3.1 Keine Wortmeldungen.

Es ergeht stillschweigend folgender

4 Beschluss

4.1 Vom Statusbericht wird Kenntnis genommen.

Vollzug: BD, FV

BAPLUK
BD (SBM, ZD, HB, SGG)
FV

3.3.1 / acs

Doppelturn- und Schwimmhalle: Sanierung Beckenbereich Schwimmhalle, Investitionskredit

Vorlage: BD/23.09.2022

- 1 Erläuterungen zum Eintreten
 - 1.1 Stadtbaumeister Aquil Briggen fasst die Vorlage zusammen und gibt ergänzende Erläuterungen.
 - 1.2 Gesamtschulleiterin Nicole Hirt spricht aus Nutzersicht. Die 1.554 Mio. Franken sind ein riesiger Betrag. Man hat sich die Frage gestellt, ob man es überhaupt anbieten muss oder ob man nicht ins Hallenbad Bachtelen oder ins Freibad ausweichen könnte. Schwimmen ist im Lehrplan 21 verankert. Es ist möglich, das Schwimmen in einem Freibad oder in einer Schwimmhalle durchzuführen. Das Gartenbad ist extrem unübersichtlich. Es ist absolut unmöglich, auf den 50 Metern alles zu überblicken. Es ist eine grosse Verantwortung, mit Schülern ins Wasser zu gehen. In der Schwimmhalle kann man das 25m-Becken gut überblicken. Die Schwimmhalle ist sehr gut belegt. Das Hallenbad Bachtelen kommt nicht in Frage, da es selbst ausgelastet ist. Aktuell ist es geschlossen. Grenchen hat eine gute Sportinfrastruktur. Sie bittet den Rat, die 1.554 Mio. Franken zu bewilligen.
 - 1.3 Stadtpräsident François Scheidegger ergänzt, dass die Schwimmhalle auch stark von Vereinen und der Öffentlichkeit benutzt wird. Bei diesem Geschäft braucht es einen separaten Antrag des Gemeinderates zuhanden der Gemeindeversammlung. Bevor an der Gemeindeversammlung über das Budget beschlossen wird, sind nicht gebundene einmalige Ausgaben, die 1 Mio. Franken übersteigen, von der Gemeindeversammlung unter einem besonderen Traktandum zu beschliessen.
- 2 Eintreten
 - 2.1 Die Doppelturn- und Schwimmhalle, so Michael Schlup, Ersatz-Gemeinderat, befindet sich im Zentrum der Schulanlagen und erfüllt unter anderen die wichtige Aufgabe, Schülerinnen und Schülern den Schwimmunterricht zu erteilen. Die Schwimmhalle wird auch von Vereinen und von der Bevölkerung rege benutzt. Sie ist ein wichtiger Bestandteil der Kompass-Strategie «Leben und Wohnen». In der Beilage 1 der Vorlage sind die Sanierungsmassnahmen mit dem Kostenvoranschlag übersichtlich dargestellt. Die aufgeführten Sanierungsmassnahmen sind gemäss der Vorlage der Baudirektion fachlich begründet und mit den zugehörigen Kosten im Detail ausgewiesen. Der Kostenvoranschlag von 1.554 Mio. Franken für die Sanierung ist gerechtfertigt.

Die Doppelturn- und Schwimmhalle wurde vom Architekturbüro Haldemann und Müller, Grenchen, im Jahr 1970 erbaut. Das Gebäude wird im Buch von Michael Hanak «Baukultur im Kanton Solothurn 1940 - 1980» erwähnt. Die SP-Fraktion unterstützt den Investitionskredit für die Sanierung der Schwimmhalle und somit die Nutzung des Gebäudes als Doppelturn- und Schwimmhalle.

- 2.2 Gemeinderat Ivo von Büren wollte mit dem Antrag kommen, dass man die Schwimmhalle schliesst. Die Sanierung kostet fast 1.6 Mio. Franken. Zusammen mit den Betriebskosten zwischen CHF 200'000.00 und CHF 400'000.00 macht das 2 Mio. Franken. Er hat nicht gewusst, dass ein Ausweichen ins Hallenbad Bachtelen nicht möglich ist. Fakt ist, dass viele andere Städte ihre Hallenbäder wegen steigender Energiekosten geschlossen haben. Er kann jetzt auch keine Lösung präsentieren und möchte gerne noch andere Meinungen hören.
- 2.3 Gemeinderat Matthias Meier-Moreno erklärt, dass die Sanierung der Schwimmhalle in der Mitte-Fraktion eine längere Diskussion ausgelöst hat. Dies hat zum einen mit den sehr hohen Investitionskosten im Budget 2023 zu tun wie auch mit der drohenden Energieknappheit und den dazu ausgerufenen Energiesparmassnahmen, bei welcher Grenchen als Gemeinde mit gutem Beispiel vorangehen sollte. Daher stellt sich für die Mitte die Frage, ob es opportun ist, in Zeiten von Energieknappheit die Schwimmhalle offen zu halten. Das Bachtelen hat seine Schwimmhalle temporär vom Herbst 2022 bis Frühling 2023 geschlossen. Vermutlich ist der Vergleich etwas holprig, da die Schwimmhalle der Stadt mit Nahwärme und diejenige des Bachtelen mit Gas beheizt werden. Trotz allem handelt es sich bei beiden Schwimmhallen um eine sehr grosse Energievernichtung. Selbstverständlich ist der Mitte bewusst, dass die Halle neben der Schule auch vom SLRG, dem Schwimmklub und anderen genutzt wird, welche von einer Schliessung betroffen wären. Nicole Hirt hat vorhin gesagt, dass Schwimmen lernen nach dem Lehrplan 21 zum Unterricht gehört. Die Mitte hat sich die Frage gestellt, weshalb man die Energieknappheit nicht mit in die Vorlage hat einfließen lassen und dabei neben der Sanierung diverse Varianten wie Schliessung und Umnutzung, temporäre Schliessung, temporäre Schliessung und Sanierung usw. vorgelegt hat. Sie findet es äusserst heikel, hier eine abschliessende Entscheidung zu fällen, ohne andere Varianten vorliegend zu haben. Sie behält sich vor, einen Ordnungsantrag zu stellen und die Vorlage zur Überarbeitung zurückweisen, damit diverse Varianten und die neusten Erkenntnisse betreffend Energie darin einfließen können.
- 2.4 Der Gemeinderat muss sich bewusst sein, so François Scheidegger, dass es bei einer Rückweisung nicht mehr für die Gemeindeversammlung vom 7. Dezember 2022 reichen wird.
- 2.5 Laut Gemeinderat Patrick Crausaz ist der Sanierungsbedarf unbestritten. Im BAPLUK-Beschluss vom 16. August 2021 wurden die Kosten für die Sanierung mit 1.515 Mio. Franken veranschlagt. Im Budget 2022 wurde bei den Investitionen ein durch die Gruppenberatungen auf 1.1 Mio. gekürzter Betrag aufgenommen (Budget-GV vom 07.12.2021). Nach eingehender Prüfung des Projekts stellt die Baudirektion fest, dass eine Einsparung von CHF 500'000.00 nicht mehr möglich ist, und beantragt jetzt fast 1.6 Mio. Franken, da sonst das Projekt nicht fachgerecht umgesetzt werden kann. Patrick Crausaz macht beliebt, sich nochmals zu überlegen, wo man allenfalls den Sparhebel ansetzen und die Kosten noch einmal reduzieren kann. Ihm fällt es schwer zu glauben, dass vom Sparpotential von CHF 500'000.00 nichts mehr vorhanden sein soll.

- 2.6 Konrad Schleiss, Ersatz-Gemeinderat und BAPLUK-Präsident, hat hier eine konservative Sicht. Man hat mehrere Turnhallen und im Kastels bald eine Doppelturnhalle, aber nur eine Schwimmhalle. Im Kompass wurde der Schwerpunkt auf «Leben (Familie, Freizeit) und Wohnen» ausgerichtet. Aus eigener Erfahrung kann er sagen, dass seine Söhne nur zum Teil im Hallenbad schwimmen gelernt haben, weil es zu wenig freie Plätze hatte. Diejenigen, die Schwimmkurse ausserhalb der Schule angeboten haben, mussten damals schon nach Lengnau, Bettlach, Oberdorf etc. ausweichen. Die Schwimmhalle Grenchen ist die grösste in der Region. Da fragt er sich schon, wo ist die Verantwortung von Grenchen als Zentrumsstadt ist, wenn man einfach schliesst und den anderen sagt, dass man jetzt zu ihnen wechselt. Das Bachtelen hat eine andere Lösung. Die Stadt ist dort finanziell nicht involviert und kann daher das Bachtelen nicht zwingen, Platz für die Stadt zu machen. Man kann auch nicht sagen, dass man jetzt mit dem öffentlichen Angebot von Grenchen nach Bettlach und Lengnau geht. Für ihn ist sonnenklar: Man hat eine Schwimmhalle. Man hat letztes Jahr verlangt, dass die Kosten um einen Drittel reduziert werden sollen. Das Vorhaben hat nicht funktioniert. Man muss sich bewusst sein, dass die Baukosten steigen werden. Es ist immer noch zehnmal weniger, als man für die Doppelturnhalle im Schulhaus Kastels ausgibt. Für ihn gibt es keine Alternative. Man soll jetzt das einzige Hallenbad, das man hat, in Ordnung bringen und schauen, dass es möglichst sparsam und energieeffizient betrieben werden kann. Seines Erachtens ist das ein Grundauftrag, den man als Stadt hat. Man kann den Kindern nicht sagen, dass sie nach Zuchwil gehen sollen, um dort im Hallenbad des Sportzentrums schwimmen zu lernen. Das ist für ihn gefühlsmässig so nicht machbar. Anstatt über die Energiegeschichten zu reden - er ist überzeugt, dass man die Schwimmhalle energieeffizient gestalten kann - sollte man sich überlegen, die Eintrittspreise aufgrund der steigenden Energiepreise anzupassen. Denn auch hier gilt Angebot und Nachfrage. Wenn es halt mehr kostet, müsste man versuchen, mehr reinzuholen. In dem Sinne könnte man das Grundangebot behalten.
- 2.7 François Scheidegger bestätigt, dass die Ausweichmöglichkeiten äusserst limitiert sind. Man kann den Leuten nicht einfach sagen, dass sie an einen anderen Ort hingehen sollen. Er hat im Fernsehen gesehen, dass die Stadt Bern aufgrund der drohenden Energiemangellage die Wassertemperatur in den städtischen Hallenbädern um 1 Grad reduziert hat.
- 2.8 Ivo von Büren findet, dass der Sprecher der Mitte-Fraktion ein gutes Votum gehalten hat. Die SVP möchte die Schwimmhalle grundsätzlich auch nicht schliessen, sondern offenhalten, aber die Sanierungskosten sind immens. Man könnte sich ein paar Varianten überlegen, um Kosten zu sparen (Senkung der Energiekosten, Reduzierung der Öffnungszeiten oder temporäre Schliessung in Wintermonaten). Das wäre auszuarbeiten. Die SVP würde dem Antrag der Mitte zustimmen.
- 2.9 Gemäss Patrick Crausaz waren die Gruppenberatungen der Ansicht, dass man das Projekt redimensionieren und die Kosten um einen Drittel reduzieren kann. Es ist für ihn nicht schlüssig, warum es jetzt nicht mehr geht, aber er nimmt das so zur Kenntnis. Er möchte trotzdem die Frage stellen, ob es nicht möglich wäre, dass Projekt nochmals zu überdenken und mögliches Sparpotential aufzuzeigen. Vielleicht könnte man doch noch CHF 100'00.00 oder sogar CHF 200'000.00 sparen.
- 2.10 Laut Alexander Kaufmann geht es um einen Grundsatzentscheid. Wenn man meint, dass die Stadt das nicht mehr anbieten soll, ist das ein Entscheid von grosser Tragweite. Wenn man schon so eine Anlage hat, gibt man sie nicht gerne auf. Die Investition dient dazu, das Hallenbad auf lange Sicht instand zu stellen, damit es auch energie-technisch die Anforderungen erfüllt (d.h. weniger Verbrauch).

Wer schon einmal in den Gruppenberatungen dabei war, weiss, dass dort keine fachspezifischen, sondern politische Entscheide gefällt werden. Dort geht es nur um die Budgetzahlen. Das ist das Problem. Man hat jetzt anhand dieses Beispiels gesehen, dass man nicht einfach bei geplanten Projekten Kürzungen um einen Drittel vornehmen kann. Es hängt viel zu viel damit zusammen. Wenn man so eine schöne Schwimmhalle, die zusammen mit der Doppelturturnhalle ein Gesamtpaket bildet, umnutzen will, wird es schwierig. Die Gemeinde Rüttenen hat ihr Hallenbad vor Jahren aufgehoben, dort befindet heute eine Modelleisenbahn. Will das der Gemeinderat? Man kann das Hallenbad gar nicht anders nutzen. Man kann es auch nicht komplett umbauen, da es eine sehr komplexe Geschichte ist. Würde das Grenchner Hallenbad aufgehoben, würde es einfach leer stehen.

- 2.11 François Scheidegger weist darauf hin, dass eine Umnutzung Kostenfolgen hätte. Man kann es nicht einfach stilllegen.
- 2.12 Aquil Briggen bestätigt, dass die Kürzung des Kredits an den Gruppenberatungen damals ein politischer Entscheid war. Man war überzeugt, dass es Sparmöglichkeiten gibt. Das hat die Baudirektion versucht umzusetzen. Man hat es vor- und rückwärtsgerechnet. Es bleibt einfach bei den 1.5 Mio. Franken. Alles andere wäre ein Gebastel, das einen in ein paar wenigen Jahren wieder einholen würde. Aufgrund der Teuerung kommt man auf ca. 1.6 Mio. Franken. Mit dem Beitrag des Lotteriefonds von CHF 90'000.00 ist man plus/minus wieder beim gleichen Betrag wie letztes Jahr.
- 2.13 Angela Kummer fände es ganz fatal, nur eine Teilsanierung zu machen. Es ist gesamthaft ein happiger Betrag, aber dann hat man wieder grosso modo 20 Jahre Ruhe. Ein wichtiger Aspekt geht in die Kompass-Richtung. Sie hat schon von viele Familien, die in kleineren Gemeinden leben, gehört, dass sie erstaunt sind, dass es in Grenchen nicht fix ist, dass man während der Schulzeit schwimmen lernt. Zwar gibt es in der Schule schon die eine oder andere Gelegenheit, aber mit diesem Schwimmunterricht lernt man noch nicht wirklich schwimmen. Das ist ein Vorteil, den kleinere Gemeinden haben, nämlich dass der Schwimmunterricht Teil des Turn- und Sportunterrichts ist. Grenchner Familien müssen dieses Angebot bei einem Verein oder anderen Anbietern, die auch nicht ganz günstig sind, einkaufen, wenn sie das Gefühl haben, dass ihr Kind schwimmen lernen soll. Sie findet wie Konrad Schliess, dass jedes Kind schwimmen lernen sollte. Eigentlich müsste man viel mehr Schwimmbäder haben, was aber nicht ganz realistisch ist. Für sie ist es ganz klar keine Energiediskussion, da man punkto Nahwärme basierend auf Holz schon sehr viel gemacht hat. Hier könnte es höchstens sein, dass man das Hallenbad punktuell diesen Winter kurz schliesst. Man sollte aber auf jeden Fall die Sanierung wie geplant durchführen.
- 2.14 Daniel Hafner stellt fest, dass mit den in der Vorlage geplanten energietechnischen Massnahmen eine Effizienzsteigerung erreicht wird. Er geht davon aus, dass man die Auslastung wirklich genau geprüft hat. Denn wäre das Hallenbad nicht voll ausgelastet, bestünde die Möglichkeit, dass die Leute von Bettlach und Lengnau nach Grenchen kämen. Dann könnte man dort eine Halle schliessen. Er findet es spannend, dass jedes Dorf sein Hallenbad haben muss. Es wäre gut, sich diesbezüglich Gedanken zu machen. Man ist jetzt bei Traktandum 2 und spricht von den Kosten. Man diskutiert, ob man sich dies, das und jenes leisten kann. Der Stadt geht es ja so gut, dass man die Steuern senken kann. Er möchte nur, dass man sich beim vorliegenden Traktandum vergegenwärtigt, was im Budget noch auf einen wartet.

- 2.15 Man hat die Auslastungszahlen, so François Scheidegger, nicht speziell erhoben. Es ist ein Fakt, dass die Nutzung durch die Schwimmvereine und deren Forderung nach mehr Wasserkapazität - jetzt ist es zwar ein wenig ruhiger geworden - immer ein Thema waren. Auch bei der Bevölkerung weiss man, dass das Bedürfnis besteht, das Hallenbad mehr nutzen zu können. Wenn er jeweils hingeh, ist die Halle immer sehr gut belegt.
- 2.16 Laut Nicole Hirt beträgt die Belegung durchschnittlich 160 bis 180 Personen pro Tag (Schulschwimmunterricht eingerechnet).
Eintreten wird beschlossen.
- 2.17 Matthias Meier-Moreno beantragt die Rückweisung der Vorlage mit dem Auftrag, sie zu überarbeiten, den energietechnischen Aspekt miteinzubeziehen und kostenmässig verschiedene Varianten auszuarbeiten, damit der Gemeinderat richtig entscheiden kann. Die Mitte findet, dass es ein sehr heikles Geschäft ist. Sie möchte ebenfalls nicht, dass es die Schwimmhalle nicht mehr gibt, aber man muss es gut anschauen. Als die Vorlage ausgearbeitet wurde, war die Energieproblematik noch nicht so virulent. Darauf müsste man jetzt das Augenmerk legen. Es gibt sicher noch Potential. Vielleicht wird es auch etwas mehr kosten. Aber wenn man etwas besser machen kann, sollte man es lieber jetzt machen, anstatt etwas umzusetzen, das nicht mehr der heutigen Zeit entspricht.
- 2.17.1 Ivo von Büren bittet, bei der Überarbeitung der Vorlage auch temporäre Schliessungen (z.B. 1 Monat im Winter und 3 Monate im Sommer) zu prüfen. Er ist ziemlich sicher, dass bei der Sanierung kostenmässig nicht mehr viel zu rütteln ist.
- 2.17.2 Angela Kummer bittet folgende zwei Aspekte zu berücksichtigen: Aquil Briggen hat vorhin erklärt, dass die Vorlage bereits vor- und rückwärts überarbeitet wurde. Sie sieht nicht, woran man hier noch schrauben soll. Entweder will man die Sanierung und stimmt dem zu, sonst muss man offen sagen, dass man es nicht will und man das Hallenbad schliessen soll. Eine temporäre betriebliche Schliessung hat für sie gar nichts mit der Sanierung zu tun. Das kann in diesen Winter eine kurzfristige Massnahme sein, die man prüfen muss. Um eine markante Investition kommt man nicht herum, wenn man die Schwimmhalle behalten will.
- 2.17.3 Wegen der Aussenwirkung empfiehlt Gemeinderat Richard Aschberger Matthias Meier-Moreno, seinen Antrag auf Rückweisung in einen Antrag auf 2. Lesung umzuwandeln. Die Baudirektion soll beauftragt werden, die überarbeitete Vorlage dem Gemeinderat an seiner nächsten Sitzung (15. November 2022) vorzulegen und zu sagen, ob sie eine Lösung hat oder nicht. Dann würde es zeitlich vielleicht noch für die Gemeindeversammlung vom 7. Dezember 2022 reichen. Er denkt, dass es niemandem im Rat in den Sinn kommt, die Schwimmhalle stillzulegen. Es ist klar festgehalten, dass man die Schwimmhalle sanieren will, die Frage ist wie und ob man noch einen Hebel hat oder nicht. Aquil Briggen sollte es schaffen, bis zum nächsten Gemeinderat die Aussagen machen zu können, ob die Baudirektion alles ausgeschöpft hat oder nicht. Temporäre Schliessungen und Temperatursenkungen sind betriebliche Massnahmen und separat anzuschauen. Jetzt geht es darum, das Hallenbad in einen Zustand zu bringen, damit man wieder 10, 20 oder 25 Jahre möglichst wenig Aufwand und Unterhaltskosten hat. Der Rest ist Betrieb, für den die Schulen zusammen mit der Baudirektion zuständig sind. Das hat hier nichts zu suchen. Man redet hier von einer Investition.

- 2.17.4 Patrick Crausaz findet den Antrag der Mitte-Fraktion nicht schlecht, da energietechnisch praktisch nichts saniert wird. Man gibt 1.65 Mio. Franken aus und hat ehrlich gesagt eine «Lotterbude». Wenn man die Verglasung anschaut, ist die Energieeffizienz, welche das Gebäude heute hat, wahrscheinlich haarsträubend. Wenn man schon so viel Geld in die Finger nimmt, ist es wert zu überlegen, was man aus energetischer Sicht macht. Das macht Sinn. Vielleicht wird es dann teurer, aber dann kann man sagen, dass man auch energetisch eine super Sanierung vorgenommen hat.
- 2.17.5 Aquil Briggen erklärt, dass die Fassade der Doppelturm- und Schwimmhalle im 2011 (vor elf Jahren!) saniert wurde und in Ordnung sein wird. Das Einzige, was man energietechnisch verbessern kann, ist, dass man eine Warmwasseraufbereitung installiert und die Lüftung ersetzt. Das sind die zwei Energiefresser in dieser Halle. Baulich sieht er die Möglichkeiten sehr eingeschränkt. Selbstverständlich kann man die Baudirektion beauftragen, die Sache nochmals im Detail anzuschauen und zu belegen. Betrieblich gibt es die Möglichkeit, Energie und Geld sparen, indem man die Innen- und Wassertemperatur senkt und grössere Schliessungen vornimmt. Bezüglich Energiesparen ist zu sagen, dass die Schwimmhalle am Holzschntzel-Nähwärmeverbund Zentrum angeschlossen ist. Holzschntzel sind auch etwas teurer geworden, aber hier hat man keine Mangellage wie bei Gas und Strom. Hier ist der Einsparbedarf nicht so gross.
- 2.17.6 Matthias Meier-Moreno findet den Vorschlag von Richard Aschberger gut. Er möchte das Ganze nicht in die Länge ziehen und eine riesige Sache daraus machen. Es geht ihm darum, dass man es nochmals anschaut. Er kann sehr gut mit einer 2. Lesung leben. Es ist ihm wichtig, dass man sich bewusst ist, was man hier macht und dass man es richtig macht.
- 2.17.7 François Scheidegger möchte keine 2. Lesung, sondern macht beliebt, die Vorlage zurückzuweisen mit einem klaren Auftrag.
- 2.17.8 Aquil Briggen hat erklärt, so Daniel Hafner, dass man ein minimales Ersparnis herausholen wird. Erhofft sich der Gemeinderat hier realistischerweise wirklich ein riesiges Ersparnis?
- 2.17.9 Man spricht, so Konrad Schleiss, einerseits von baulichen Massnahmen, an denen man nicht viel verändern kann. Das ist nicht Wunschbedarf, das ist reiner baulicher Unterhalt. Natürlich kann man ein Gebäude früher oder später energetisch noch topfer machen. Das ist aber nicht das Thema der Vorlage. Andererseits hat man in einem Schwimmbad ein grosses Wasservolumen, das auf eine gewisse Temperatur geheizt werden muss. Das ist der grosse Energiebedarf. Das kann man betrieblich steuern. Wenn man beschliesst, dass man weniger heizt, ist man rein betrieblich auf der sauberen Seite, aber baulich muss man es machen, welchen Weg auch immer. Natürlich könnte man das Projekt ausdehnen und zum Beispiel bessere Scheiben einsetzen, aber das würde alles sehr verteuern. Im Moment bringt man etwas im Bereich baulicher Unterhalt in Ordnung. Konrad Schleiss macht beliebt, dass man es so durchzieht und nachher schaut, wie man es betrieblich optimieren kann. Dort gibt es eine Schraubstelle. Er erwartet keine grosse Verbesserung aus baulicher Betrachtung.
- 2.17.10 Alexander Kaufmann unterstützt das Votum von Konrad Schleiss. Es geht um Mängel, die schlimmer werden, und es wird teurer, wenn man zuwartet.
- 2.17.11 Matthias Meier-Moreno zieht seinen Rückweisungsantrag zurück. Man hat es jetzt besprochen. Wenn alle finden, dass dies der richtige Weg ist, dann macht man es so.

- 2.18 François Scheidegger schlägt folgendes Vorgehen vor: Man geht jetzt mit dem Antrag an die Gemeindeversammlung. Dort geht es primär um die Kreditbewilligung. Wenn das Projekt fertig ausgereift ist, könnte man damit nochmals in den Gemeinderat kommen. Dann weiss man auch mehr bezüglich der Energiemangellage. Man könnte dann detaillierter aufzeigen, wie man Energie sparen will.

3 Detailberatung

- 3.1 Keine Wortmeldungen.

E ergeht einstimmig folgender

4 Beschluss

Der Gemeinderat beantragt der Gemeindeversammlung:

- 4.1 Das Projekt und der Kostenvoranschlag für das Projekt «*Sanierung Schwimmhalle*» werden genehmigt.
- 4.2 Für das Projekt «*Sanierung Schwimmhalle*» wird zu Lasten Konto IR 2023, Konto 2170.5040.XX ein Kredit von CHF 1'554'000.00 bewilligt.
- 4.3 Der Kredit entspricht dem Stand des Baukostenindexes Espace Mittelland vom April 2022 (Basis: Okt. 2020 = 100 Punkte); er verändert sich um die teuerungsbedingten Mehr- oder Minderkosten.

Vollzug: BD, FV

BAPLUK
BD (HB, ZD
FV

3.4.1 / acs

Finanzplan 2023-2027

Vorlage: FV/10.10.2022

1 Erläuterungen zum Eintreten

- 1.1 Wie Finanzverwalter David Baumgartner ausführt, wurde der Finanzplan aufgrund der allgemeinen Vorgaben erstellt, die in der Vorlage erwähnt sind. Jahr 1, also 2023 entspricht wie immer den Zahlen für das Budget 2023. Der Budgetprozess 2023 wurde analog den Vorjahren umgesetzt, inkl. Umsetzung der Kompass-Strategie bzw. der Steuerstrategie. Das vorliegende Budget 2023 wurde anlässlich der Gruppenberatungen zuhanden des Gemeinderats verabschiedet.
 - 1.1.1 Für das Jahr 2023 ist sowohl beim Verwaltungspersonal als auch bei den Lehrpersonen mit einer Teuerung von 2.7 % gerechnet. Für das Verwaltungspersonal wird gemäss geltender Personalordnung der Novemberindex massgebend sein, die Zulage für die Lehrpersonen wird vom Kanton festgelegt und sollte ebenfalls im Laufe des Novembers 2022 bekannt sein.
 - 1.1.2 Der Sachaufwand zeigt für das Budget keine Teuerung, da diese bereits in den Eingaben eingerechnet wurde, in den Folgejahren wird mit einer abnehmenden Teuerung gerechnet, von einer NULL-Teuerung wird nicht mehr ausgegangen.
 - 1.1.3 Entsprechend wird beim Steuersubstrat von einer leicht höheren Zunahme ausgegangen. Die Fremdkapitalzinsen werden zunehmen, was einen negativen Effekt in Bezug auf das Fremdkapital haben wird. Die Zinsenlast wird deutlich zunehmen, insbesondere auch aufgrund der sehr hohen Investitionsvorhaben.
 - 1.1.4 Der Finanzplan zeigt über die Planjahre 2024 - 2027 negative Ergebnisse in der Grössenordnung von minus 0.8 Mio. Franken bis minus 6.8 Mio. Franken und jährliche Finanzierungsfehlbeträge von 10.2 bis 15.4 Mio. Franken.
 - 1.1.5 Zusätzlich zu den Nachwirkungen der Covid-Krise ist seit dem 24. April 2022 insbesondere Europa wegen des Kriegs in der Ukraine enorm gefordert. Die Konjunkturforschungsstelle KOF der ETH Zürich geht in der Oktoberprognose für 2022 von einem BIP-Wachstum von 2.3 % aus. Für das kommende Jahr sinkt der BIP-Zuwachs auf noch 1 %.
 - 1.1.6 Die Lieferengpässe in der Weltwirtschaft und die bestehenden und drohenden Engpässe in der Energieversorgung sowie der Pandemieverlauf im anstehenden Winter lassen die Prognosen für die nächsten Jahre zurückhaltender ausfallen.

- 1.1.7 Begleitet wird die ganze Ausgangslage noch zusätzlich mit hohen Teuerungsraten und stark steigendem Zinsumfeld. Die Negativzinsen gehören definitiv der Vergangenheit an.
- 1.2 Damit ergibt sich folgende Ausgangslage:
- 1.2.1 Der betriebliche Aufwand bewegt sich über die ganze Planperiode zwischen 132 bis 142 Mio. Franken. Dieser Betrag nimmt über die ganze Planperiode stetig zu. Gegenüber dem Budget 2022 erhöhen sich die Personalkosten in der Planperiode zwischen 0.3 bis 1 Mio. Franken, nachdem sie in den Jahren 2023 und 2024 noch unter dem Budget 2022 liegen. Der Sach- und Betriebsaufwand ist in den Planjahren zwischen 1.1 bis 2.4 Mio. Franken höher als im Budget 2022.
- Die Abschreibungen nehmen im Laufe der Planperiode gegenüber Budget 2022 von 0.6 bis 2.6 Mio. Franken zu und widerspiegeln so die hohe Investitionstätigkeit und die damit zusammenhängende zunehmende Verschuldung.
- Der betriebliche Ertrag liegt in der Planperiode zwischen 124 bis 133 Mio. Franken.
- Somit ergeben sich über alle Planjahre konstant negative Ergebnisse aus betrieblicher Tätigkeit von minus 8 bis minus 11 Mio. Franken.
- Die positiven Finanzierungsergebnisse von 2.8 bis 5 Mio. Franken verbessern die Gesamtergebnisse über die gesamte Planperiode.
- Ausserordentliche Erträge über rund 5 Mio. Franken in den Jahren 2023 bis 2025 entstehen wegen der Auflösung der Neubewertungsreserve aus der Umstellung von HRM1 zu HRM2.
- 1.2.2 Für die Jahresergebnisse bedeutet das, dass 2023 mit einem Überschuss von 1.7 Mio. Franken und anschliessend mit negativen Ergebnissen zwischen 0.8 bis 6.8 Mio. Franken gerechnet wird.
- 1.2.3 Der Finanzierungsplan sieht Finanzierungsfehlbeträge zwischen 10.2 bis 15.5 Mio. Franken vor. Da nebst den ordentlichen Investitionen auch diverse grössere Projekte anstehen (z.B. Bahnhof Süd, Sportinfrastruktur, Sanierung und Erweiterung von Schulhäusern, Stadthaus, Gemeindestrassen etc.), braucht es deutlich mehr finanzielle Mittel für die Infrastruktur. Weiter besteht nach wie vor ein teilweise erheblicher Investitionsstau.
- 1.2.4 Das Eigenkapital entwickelt sich gemäss den Rechnungsergebnissen und nimmt im Laufe der Planperiode um rund 35 Mio. Franken ab.
- Insgesamt resultiert eine Zunahme der Neuverschuldung von 10.2 bis 15.5 Mio. Franken pro Planjahr. Die Selbstfinanzierungsquote bleibt darum mit Werten von 1 % bis 13 % deutlich unter der anzustrebenden Quote von 80 % bis 100 %.
- 1.2.5 Die Entwicklung Vermögen/Verschuldung der Stadt sowie die Entwicklung Vermögen/Verschuldung pro Kopf sind auf den Folien 6 und 7 ersichtlich. Die Verschuldung pro Kopf nimmt entsprechend stetig zu und erreicht einen Wert von 3'122 Franken am Ende der Planperiode. Diese Verschuldung wird gemäss Definition Finanzhaushalt im HRM2 als «hohe Verschuldung» taxiert.
- 1.2.6 Die Darlehensschulden verdoppeln sich aufgrund der tiefen Selbstfinanzierung im Laufe der Planperiode praktisch und betragen am Ende der Planperiode satte 154 Mio. Franken.

- 1.2.7 Der gewichtete Nettoverschuldungsquotient zeigt das Verhältnis der Nettoverschuldung zum Steuerertrag. Am Ende der Planperiode wird dieser Wert 100 % überschritten haben. Das bedeutet, dass ein ganzes Jahressteueraufkommen benötigt wird, um die Nettoschuld abzutragen.
- 1.2.8 Der Selbstfinanzierungsgrad zeigt auf, welcher Teil der Investitionen aus selbst erwirtschafteten Mitteln finanziert werden kann. Der Richtwert liegt hier bei 80 % und langfristig bei 100 % und höher. Liegt der Wert unter 100 %, muss Fremdkapital zur Finanzierung der Investitionen beschafft werden. Die Planzahlen des Selbstfinanzierungsgrades liegen mit 1 bis 13 % massiv unter den Zielvorgaben. Ohne Gegenmassnahmen kann die Verschuldung schnell in gefährliche Höhen entschwinden.
- 1.3 Die finanzielle Situation der Stadt Grenchen bleibt mit diesen Planzahlen angespannt, insbesondere der Anstieg der Verschuldung bleibt die grösste Herausforderung. Wegen der hohen geplanten Investitionen wird die Verschuldung weiter zunehmen. Darum sollte das Ziel sein, dass das Eigenkapital gehalten werden kann, sprich die Jahresrechnungen jeweils mindestens ausgeglichen oder mit einem Gewinn abschliessen können und die Verschuldung nicht in kürzester Zeit deutlich ansteigt.
- 1.4 Stadtpräsident François Scheidegger dankt dem Finanzverwalter für seine Ausführungen.

2 Eintreten

- 2.1 Gemäss Gemeinderat Alexander Kaufmann ist der Finanzplan geprägt von den hohen, anstehenden Investitionen und den globalen Einflüssen weltweit. Der Krieg in Europa und die damit verbundene Energiekrise, zusammen mit der Inflation, relativieren mit rund 2 Mio. Franken bereits die durch die Integration der Stadtpolizei in die Kantonspolizei eingesparten Kosten leider wieder. Kurz gesagt; die Einsparungen sind bereits praktisch aufgebraucht. Die steigenden Zinsen für die Geldbeschaffung belasten die zukünftigen Budgets zusätzlich. Man wird gezwungen sein, in Zukunft weniger zu investieren. Tatsache ist, dass sich die Pro-Kopf-Verschuldung in den nächsten 5 Jahren massiv verschlechtert. Dem Gemeinderat muss auch klar sein, dass sich der Kanton bei einer Pro-Kopf-Verschuldung von über CHF 5'000.00 einschaltet und von der Stadt ein Sanierungsprogramm der Finanzen verlangt. Es muss zwingend frühzeitig mit einer Steueranhebung reagiert werden, bevor der Kanton einschreiten muss. Die SP-Fraktion nimmt vom Finanzplan 2023-2027 Kenntnis. Mit der vorgeschlagenen Strategie der Steuersenkung um 2.5 % auf neu 117.5 % im Budget 2023 ist sie nicht einverstanden und wird beim nächsten Traktandum näher ins Detail gehen.
- 2.2 Gemeinderat Robert Gerber erklärt, dass der Finanzplan ein wichtiges Instrument für jede Exekutive und kein notwendiges Übel ist. Auch in Sachen Finanzplan gilt das Motto «Leben und Wohnen». Der Finanzplan für die Jahre 2023 bis 2027 zeigt zumindest langfristig, ab dem Jahre 2025, ein eher düsteres Bild auf. Zwar ist man in den letzten Jahren eher düstere Bilder gewöhnt, aber die Vorzeichen, die dem Gemeinderat heute vorliegen, sind eben auch düsterer und negativer, als dies in der Vergangenheit mit günstiger Energie und Gratisgeld der Fall war. Die Jahresabschlüsse der vergangenen Jahre glichen auch eher Phantombildern als der Wirklichkeit. HRM2 sei Dank, hat man auf dem Papier Millionengewinne gemacht und in Wirklichkeit ging die Rechnung knapp auf oder man hat sogar rückwärts gemacht. Das der betroffenen Bevölkerung klarzumachen, ist fast ein Ding der Unmöglichkeit.

Man krankt an einigem. Auf der einen Seite sind es die Investitionen. Dort hatte man einen Rückstau und den bringt man fast nicht weg. Auf der einen Seite war dieser Rückstau wahrscheinlich grösser, als man es wahrhaben wollte und es kommen immer neue Investitionsbegehren zum Vorschein. Der Gemeinderat ist gut beraten, wenn er die Investitionen und die Entwicklung der Verwaltung auf ihre Notwendigkeit hin überprüft und/oder überdenkt. Robert Gerber ist sich bewusst, dass niemand gerne das Wort «Luxusinvestitionen» hört, aber es ist nicht falsch, wenn sich eine Stadt bzw. die Exekutive der Stadt Gedanken darüber macht, ob es beim einen oder anderen Objekt und Projekt nicht auch mit weniger ginge. Alle wissen haargenau, dass man sich eine Zunahme der Verschuldung um jährlich 10 und mehr Millionen Franken, wie es der Finanzplan aufzeigt, nicht leisten kann. Diese Schulden muss jemand früher oder später zurückzahlen und jemand muss auch die Zinsen dafür zahlen. Die Zeiten des Gratsgeldes sind Vergangenheit. Das zur Investitionsseite.

Wenn man die Seite der laufenden Rechnung beleuchtet, gibt es zwei Bereiche, welche alles überragen. Der Bildungssektor und der Sektor der sozialen Wohlfahrt. Wobei gerade beim Bildungssektor ein gewisser Anteil auch den Sozialkosten zuzurechnen ist. Diese beiden Bereiche fressen der Stadt die sauer verdienten Steuerfranken weg und deshalb lohnt es sich, diese beiden Kostentreiber nicht aus den Augen zu verlieren. Es ist nicht alles gottgegeben, was in diesen beiden Bereichen an Ausgaben generiert wird, aber es ist saumässig unangenehm, sich hier die Finger dreckig zu machen. Er erinnert in diesem Zusammenhang an die Task Force «Soziales». Diese wurde zwar nach einigem hin und her wieder zum Leben erweckt, aber sie hat, so scheint es, die Intensivstation noch nicht verlassen können. Er bittet seine Ratskolleginnen und -kollegen mitzuhelfen, hier wieder etwas Bewegung in die Bemühungen zur Sanierung des Finanzhaushaltes zu bringen.

Ende dieses Jahres wird eine ganze Abteilung, eine Sicherheitsabteilung, aus der Stadtverwaltung gestrichen. Immerhin lautet der Leitsatz im Projekt Kompass «Leben und Wohnen». Ob das im Endeffekt ein richtiger Schritt war oder ist, zeigt die Zukunft. Aber man hat im Zusammenhang mit den Sparbemühungen vor drei Jahren in den berühmten Workshops auch noch andere Bereiche als überprüfungswert deklariert. Robert Gerber meint, dass man sich diese Tabelle wieder einmal zu Gemüte führen und mit der gemeinsamen Arbeit weiterfahren sollte. Lorbeeren holt man sich dabei nicht, aber die nächsten Wahlen sind erst in drei Jahren.

Mit Sparen hat man noch gar nicht angefangen. Man gibt nur etwas weniger Geld aus. In diesem Zusammenhang stellt sich auch die Frage, ob es richtig ist, den Finanzplan immer erst mit den Beratungen des Budgets, also im Herbst im Gemeinderat zu beraten, oder ob nicht eine Beratung zu einem früheren Zeitpunkt angemessener wäre. Man könnte dann vielleicht noch das eine oder andere in eine andere Richtung bewegen. Und was auch fehlt, ist ein Investitionsplan. Ein Investitionsplan, der approximativ Auskunft darüber gibt, was in den nächsten 15 bis 20 Jahren an Investitionen auf die Stadt zukommt. Über einen solchen Plan oder eine solche Übersicht wurde schon oft gesprochen, aber er wurde noch nie realisiert.

Die FDP-Fraktion nimmt den vorliegenden Finanzplan zur Kenntnis.

- 2.3 Man muss kein Finanzprofi oder Finanzpolitiker sein, so Gemeinderat Matthias Meier-Moreno, um die Essenz des Finanzplans zu entnehmen. Gutes oder gar Hoffnungsvolles gibt es darin nicht vieles zu finden, es sieht ziemlich düster aus. Bis Ende 2027 nimmt das Eigenkapital ziemlich heftig ab und die Verschuldung massiv zu.

Die Investitionen bleiben die kommenden Jahre hoch und übertreffen jeweils die 10 Mio.-Grenze. Hohe Investitionen stehen fehlenden Einnahmen gegenüber, was ein Ungleichgewicht darstellt und den Gemeinderat zu einer Verzichtplanung zwingt. Schöner ausgedrückt bedeutet dies, man muss eine Priorisierung der Projekte vornehmen und zugleich gilt es, intelligent zu investieren. Um dies erfolgreich anzugehen, braucht es schlüssige Instrumente, welche man aber bis jetzt nicht besitzt. Eines liegt in der längst überfälligen Motion «Unterhaltskonzept für Hoch- und Tiefbauten» von Vize-Stadtpräsident Remo Bill. Mit diesem könnte man die anstehenden Investitionen besser planen und mehr Ordnung und Klarheit schaffen. Des Weiteren braucht es klare Entscheide zu „Nice to have“ und Notwenigem und es braucht intelligente Investitionen. Auch wenn viele unbeeinflussbare Faktoren zu den düsteren Finanzaussichten geführt haben, gibt es auch einzelne, die man beeinflussen kann. Man sollte sich an diese halten und mutig die Aufgaben angehen. In diesem Sinne nimmt die Mitte-Fraktion vom Finanzplan Kenntnis und hofft auf etwas mehr Sonne in den düsteren Finanzprognosen.

Eintreten wird beschlossen

3 Detailberatung

3.1 Keine Wortmeldungen.

Es ergeht einstimmig folgender

4 Beschluss

4.1 Der Finanzplanes 2023-2027 wird genehmigt.

Vollzug: FV

Beilage: Präsentation (10 Folien)

FV
BD

9.2.3 / acs

Allgemeine Vorgaben

Tabelle A.1

allgemein Ausgangsjahr	Rechnung Budget		Budget 2023	Prognose				Bemerkungen
	2021	2022		2024	2025	2026	2027	
Teuerung Personalaufwand und Verwaltung (%)	-	-	2.70%	0.00%	0.00%	0.00%	0.00%	
Teuerung Personalaufwand und Lehrerschaft (%)	-	-	2.70%	0.00%	0.00%	0.00%	0.00%	
Teuerung Sachaufwand (%)	-	-	0.00%	2.50%	2.00%	2.00%	2.00%	
Steuern zu Vorjahr (%)	-	-	1.00%	2.00%	1.50%	1.50%	1.00%	
Steuerfuss natürliche Personen (%)	121%	120%	117.5%	116.7%	116.7%	116.7%	116.7%	
Steuerfuss juristische Personen (%)	92%	120%	120%	120%	120%	120%	120%	
Abschreibungsatz durchschn. (%)	6.09%	5.86%	5.97%	6.97%	6.96%	5.98%	5.92%	nur zur Statistik
Zinssatz (%)	-	0.61%	0.75%	1.00%	1.20%	1.40%	1.60%	SNB-Leitzins 0.5% EZB-Leitzins 1.25% US FED Leitzins 3-3.25%
Einwohner (Anzahl)	17595	17746	17850	17920	18000	18100	18200	

Prognose der Erfolgsrechnung 3-stufig gesamt

Alle Beträge in Tausend CHF Jahr	Rechnung Budget		Budget 2023	Prognose			
	2021	2022		2024	2025	2026	2027
30 Personalaufwand	46'580	47'515	46'665	47'335	47'865	48'223	48'580
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand	9'629	13'311	14'394	14'807	15'128	15'451	15'731
33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen	4'190	4'459	5'103	6'403	7'044	6'574	6'832
35 Einlagen in Fonds und SF	2'582	330	237	836	702	655	656
36 Transferaufwand	51'726	60'848	58'894	59'836	60'708	61'597	62'829
39 Interne Verrechnungen	7'161	7'411	7'000	7'175	7'319	7'465	7'614
Total betrieblicher Aufwand	121'868	133'674	132'093	136'393	138'764	139'964	142'243
40 Fiskalertrag	51'885	52'377	53'930	54'053	54'960	55'937	56'891
41 Regalien und Konzessionen	1'593	1'597	1'596	1'596	1'596	1'596	1'596
42 Entgelte	17'329	16'294	19'400	19'777	20'087	20'402	20'724
43 Verschiedene Erträge	419	593	308	550	520	530	550
45 Entnahmen aus Fonds und SF	216	808	294	1'185	0	13	87
46 Transferertrag	38'051	46'951	41'258	42'388	43'351	44'328	45'320
49 Interne Verrechnungen	7'161	7'411	7'000	7'175	7'319	7'465	7'614
Einmalige, nicht zuweisbare Erträge	0	0	0	0	0	0	0
Total betrieblicher Ertrag	116'654	126'031	123'786	126'724	127'832	130'272	132'582
Ergebnis aus betrieblicher Tätigkeit	-5'214	-7'643	-8'307	-9'669	-10'931	-9'692	-9'661

Prognose der Erfolgsrechnung 3-stufig gesamt

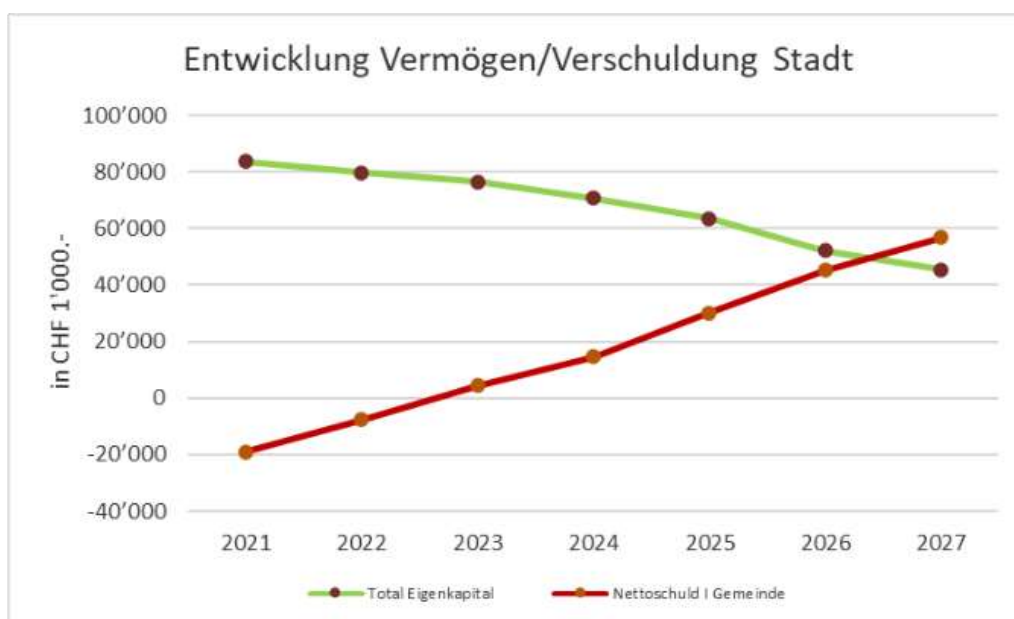
Alle Beträge in Tausend CHF		Rechnung Budget		Budget		Prognose		
Jahr		2021	2022	2023	2024	2025	2026	2027
34	Finanzaufwand	1049	2080	1045	1'601	1'930	2'364	2'863
44	Finanzertrag	12'969	5'973	6'070	5'322	5'428	5'537	5'647
	Ergebnis aus Finanzierung	11'920	3'893	5'025	3'721	3'498	3'172	2'785
	Operatives Ergebnis	6'706	-3'750	-3'282	-5'947	-7'433	-6'520	-6'876
38	Ausserordentlicher Aufwand	6'869	0	0	0	0	0	0
48	Ausserordentlicher Ertrag	5'099	0	4'997	5'182	5'182	120	80
	Ausserordentliches Ergebnis	-1'770	0	4'997	5'182	5'182	120	80
	Jahresergebnis Erfolgsrechnung	4'936	-3'750	1'715	-765	-2'251	-6'400	-6'796
	Ertragsüberschuss (+), Aufw andüberschuss (-)							

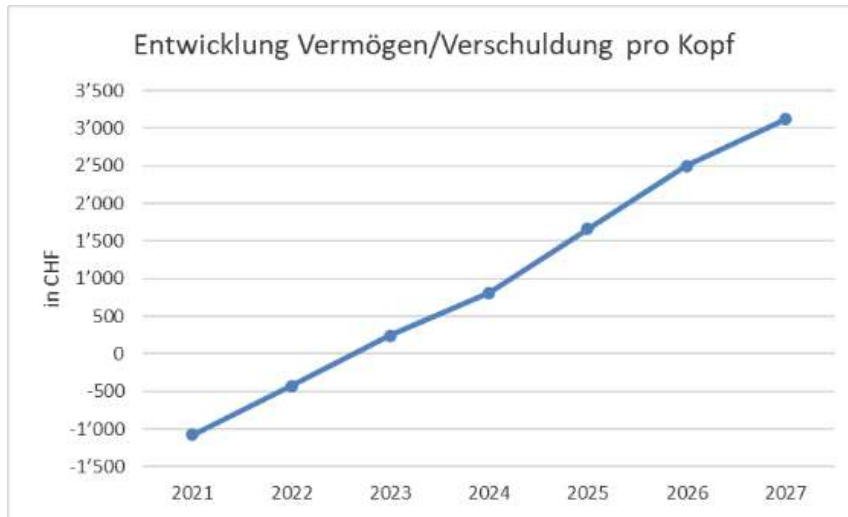
Finanzierung Gesamthaushalt

gesamt		Rechnung Budget		Budget	Prognose			
Jahr		2021	2022	2023	2024	2025	2026	2027
	Allgemein	5'180	-10'231	-10'941	-10'381	-14'390	-14'775	-11'103
	Wasserversorgung	0	0	0	0	0	0	0
	Abwasserbeseitigung	1'072	-700	-970	-558	-1'399	-762	-1'181
	Abfallentsorgung	-352	-354	-64	715	343	328	660
	Gesamtfinanzierung	5'900	-11'285	-11'975	-10'223	-15'447	-15'209	-11'624

Entwicklung Eigenkapital - Entwicklung Vermögen/Verschuldung

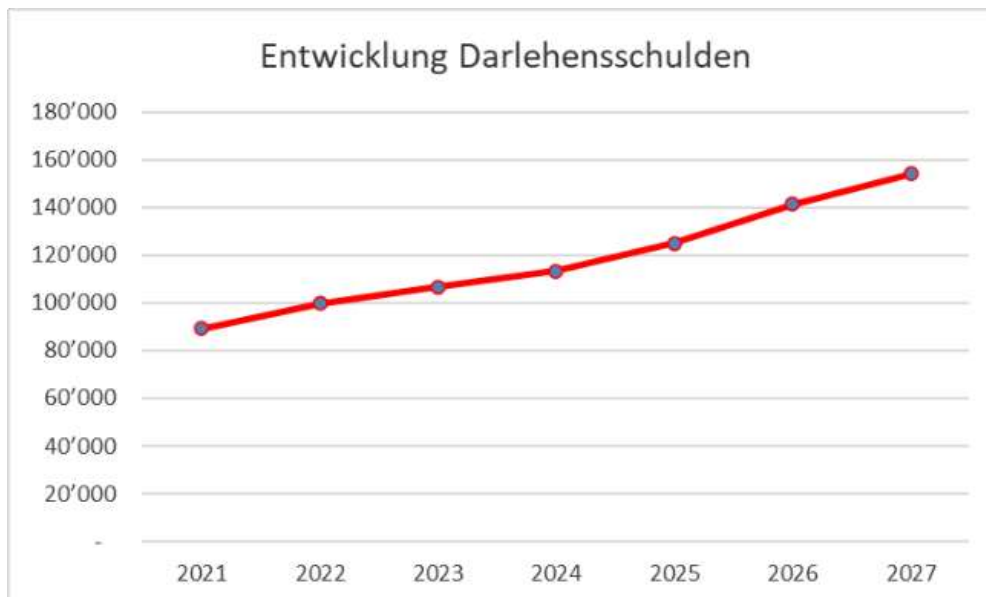
Alle Beträge in Tausend CHF oder in % Jahr	Rechnung Budget		Budget		Prognose		
	2021	2022	2023	2024	2025	2026	2027
Jahresergebnis Erfolgsrechnung	4'936	-3'750	1'715	-765	-2'251	-6'400	-6'796
freies Eigenkapital	58'597	59'839	61'554	60'789	58'538	52'138	45'341
Eigenkapital aus Umstellung auf HRM2	24'980	19'988	14'976	9'984	4'992		
Total Eigenkapital	83'557	79'807	76'530	70'773	63'530	52'138	45'341
Neuverschuldung IST	-5'900	11'285	11'975	10'223	15'447	15'209	11'624
Nettoschuld I Gemeinde	-18'942	-7'857	4'319	14'542	29'989	46'198	56'822
Einwohnerzahl	17'595	17'746	17'850	17'920	18'000	18'100	18'200
Nettoschuld I pro Einwohner	-1'077	-431	242	812	1'666	2'497	3'122
Selbstfinanzierungsgrad IST	179%	2%	13%	1%	2%	4%	4%
Selbstfinanzierungsgrad SOLL (min)	80%	80%	80%	80%	80%	80%	80%





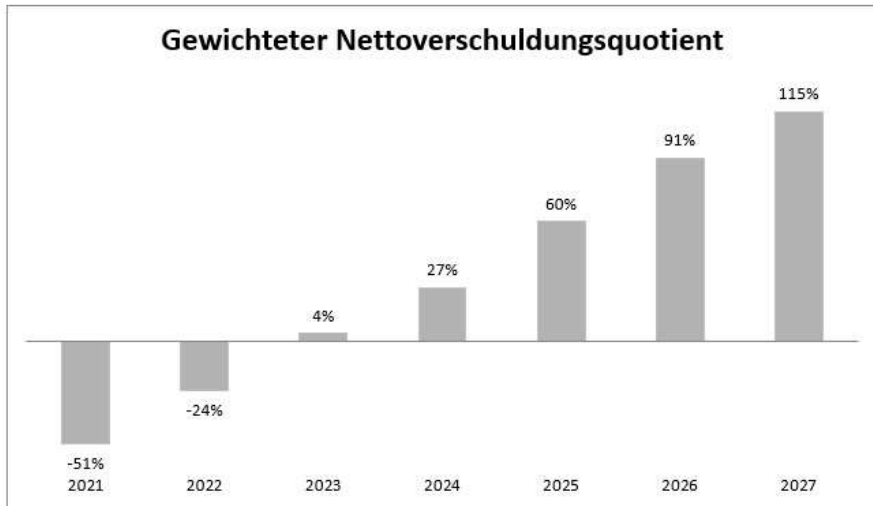
Nettoschuld I pro Einwohner
Fremdkapital abzüglich Finanzvermögen

< 0	Nettovermögen
0 - 1'000	geringe Verschuldung
1'001 - 2'500	mittlere Verschuldung
2'501 - 5'000	hohe Verschuldung
> 5'000	sehr hohe Verschuldung



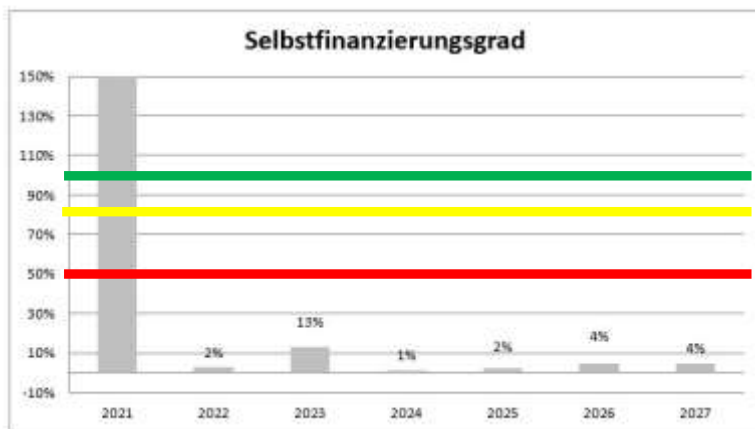
Kennzahl Gewichteter Nettoverschuldungsquotient

Richtwerte	
< 100%	gut
100%-150%	genügend
>150%	schlecht



Kennzahl Selbstfinanzierungsgrad

Richtwerte	
> 100%	nittel-langfristig anzustreben
80%-100%	verantwortbare Neuverschuldung
50%-80%	problematische Neuverschuldung
< 50%	grosse Neuverschuldung



Budget 2023: Genehmigung des Budgets sowie Festsetzung des Steuerfusses, der Personalsteuer und der Feuerwehrdienstpflicht-Ersatzabgabe

Vorlagen: Budget 2023 für den Gemeinderat
Vorlagen der Verwaltungsabteilungen

1 Erläuterungen zum Eintreten

1.1 Gemäss Finanzverwalter David Baumgartner wurde der Budgetprozess 2023 analog zu den Vorjahren umgesetzt, inkl. Umsetzung der Kompass-Strategie bzw. der Steuerstrategie. Das vorliegende Budget 2023 wurde anlässlich der Gruppenberatungen zuhänden des Gemeinderates verabschiedet worden. Das Budget 2023 ist mit folgenden Grundlagen berechnet:

1.1.1 Steuern

Die Steuerfüsse werden bei den natürlichen Personen von 120 % um 2.5 % auf neu 117.5 % gesenkt. Bei den juristischen Personen bleibt der Steuerfuss unverändert bei 120 %.

Unverändert bleiben ebenfalls die Personalsteuer von CHF 50.00 pro Person und die Feuerwehr-Ersatzabgabe von 10 % der einfachen Staatssteuer.

1.1.2 Gebühren

Auch die Gebühren für Abwasser und Abfall bleiben unverändert.

1.1.3 Löhne

- Für das Verwaltungspersonal wird im Budget erstmals wieder eine Teuerung von 2.7 % eingerechnet. Massgebend für die effektive Teuerung ist gemäss Personalordnung jeweils der Novemberindex für das folgende Jahr.
- Auf den Löhnen der Lehrkräfte wird ebenfalls eine Teuerung von 2.7 % eingerechnet. Massgebend sind die Verhandlungen gemäss GAV. Die definitiven Verhandlungsergebnisse sind noch nicht bekannt.

1.2 Die Ergebnisse des Budgets 2023 präsentieren sich zusammengefasst wie folgt:

1.2.1 Erfolgsrechnung

- Der Aufwand aus betrieblicher Tätigkeit beträgt 132.1 Mio. Franken und der Ertrag aus betrieblicher Tätigkeit beträgt 123.8 Mio. Franken. Daraus resultiert ein negatives Ergebnis aus betrieblicher Tätigkeit von 8.3 Mio. Franken. Das Ergebnis aus Finanzierung beträgt 5 Mio. Franken. Somit resultiert ein negatives operatives Ergebnis von 3.3 Mio. Franken. Dieses fällt im Vergleich zum Vorjahresbudget leicht

besser aus. Wegen der 2. Tranche der Auflösung der Liegenschaftenaufwertungsreserve von 5 Mio. Franken beträgt das Gesamtergebnis 1.7 Mio. Franken.

- Vergleich operatives Ergebnis Budget 2022 und Budget 2023: Obwohl mit der Neuausrichtung der Stadtpolizei Kosten von rund 1.5 Mio. Franken weggefallen sind, wurde diese Kosteneinsparung gleich wieder mit der Teuerung (1 Mio. Franken), dem höheren Sachaufwand (insbesondere wegen der höheren Energiekosten) von 1.1 Mio. Franken, den höheren Abschreibungen von rund 0.6 Mio. Franken und der Steuersenkung Natürliche Personen ca. 0.9 Mio. Franken mehr als kompensiert. Ohne Teuerung, ohne höhere Energiekosten und Abschreibungen sowie ohne Steuersenkung hätte das operative Ergebnis im Budget 2023 rund 0.6 Mio. Franken betragen. Ohne die Teuerung und die höheren Energiekosten, Abschreibungen und Steuersenkungen wäre das operative Budgetergebnis 2023 somit rund 3.8 Mio. Franken besser und gegenüber Budget 2022 sogar um 4.3 Mio. Franken besser ausgefallen.
- Die Abschreibungen auf dem Verwaltungsvermögen, den Investitionsbeiträgen und den Darlehen des Verwaltungsvermögens sind im Budget mit 5.1 Mio. Franken enthalten.
- Die Abweichungen der Nettoergebnisse der Hauptaufgaben sind im Bericht zum Budget detailliert beschrieben. Er erwähnt darum nur die grösseren Abweichungen:
 - Funktionsstellen „0 Allgemeine Verwaltung“: Rund 950'000 Franken über dem Vorjahresbudget. Die Sitzungsgelder der Kommissionen sind höher, weil neue Kommissionen beschlossen wurden. Die Einführung des Internen Kontrollsystems führt zu Mehraufwand auf diversen Konten. In der Stadtkanzlei sind wegen einer organisatorischen Umgliederung insgesamt CHF 111'000.00 höhere Nettokosten budgetiert. Die Allgemeinen Personalkosten liegen insgesamt um CHF 197'000.00 höher, die Allgemeinen Dienste um total CHF 115'000.00. Die Verwaltungsliegenschaften sind netto um CHF 154'000.00 über dem Vorjahr, dies insbesondere wegen höherer Energiekosten, höheren Unterhalts und höherer Abschreibungen.
 - Funktionsstellen „1 Öffentliche Ordnung und Sicherheit“: Rund 1'492'000 Franken unter dem Vorjahresbudget. Aufgrund der Integration der Stadtpolizei in die Kantonspolizei und der Bildung des Polizeiinspektorats ist der Nettoaufwand CHF 1'532'000.00 tiefer.
 - Funktionsstellen „2 Bildung“: Rund 1'551'000 Franken über dem Vorjahresbudget. Die Personalkosten im Kindergarten sind rund CHF 254'000.00 höher. In der Primarschule sind die Personalkosten CHF 835'000.00 höher. Die Beiträge des Kantons liegen um CHF 370'000.00 höher. Auf der Sekundarstufe sind die Lohnkosten um rund CHF 664'000.00 höher. Die Beiträge des Kantons sind um CHF 120'000.00 höher. Bei den Schulliegenschaften sind rund CHF 260'000.00 höhere Energiekosten budgetiert. Der Aufwand für ordentlichen Unterhalt ist um CHF 80'000.00 höher und die Abschreibungen liegen um CHF 130'000.00 höher. Der Nettoaufwand der Schulleitung ist um CHF 130'000.00 höher. Der Mehraufwand setzt sich im Wesentlichen aus Personalaufwand, einem Softwareupdate und Honoraren zusammen.

- Funktionsstellen „3 Kultur, Sport, Freizeit“: Rund 331'000 Franken über dem Vorjahresbudget. Beim Sport ist der Nettoaufwand um CHF 112'000.00 höher. Der Mehraufwand stammt primär aus höherem Energieaufwand und aus höheren Beiträgen an Veranstaltungen. Im Aussenschwimmbad sind nebst höherem Personalaufwand, höheren Abschreibungen und höherem Aufwand für Anschaffungen auch tiefere Erträge für den insgesamt um CHF 221'000.00 höheren Nettoaufwand verantwortlich.
- Funktionsstellen „4 Gesundheit“: Rund 857'000 Franken über dem Vorjahresbudget. Im Bereich Alters- und Pflegeheime ist der Beitrag an die Pflegekosten CHF 449'000.00 höher. Im Bereich Ambulante Krankenpflege ist der Beitrag an die Pflegefinanzierung Spitex um CHF 140'000.00 tiefer, der Beitrag an den Spitex-Verein Grenchen um CHF 514'000.00 höher. Der Personalaufwand bei der Rettung Grenchen liegt rund CHF 120'000.00 höher. Die Einnahmen aus Ambulanztransporten nehmen um CHF 140'000.00 zu.
- Funktionsstellen „5 Soziale Sicherheit“: Rund 951'000 Franken unter dem Vorjahresbudget. Die Ergänzungsleistungen zur AHV liegen um CHF 110'000.00 unter dem Vorjahresbudget. Aufgrund der Verselbständigung der Kindertagesstätten und der Einführung von Betreuungsgutscheinen per 1. Januar 2023 sind die Vorjahresvergleiche teilweise nicht möglich. Dies betrifft insbesondere die Leistungen an Familien, die um CHF 317'000.00 unter dem Vorjahr liegen und die beiden Kindertagesstätten. Unter der gesetzlichen wirtschaftlichen Hilfe werden für die gesetzliche Sozialhilfe rund CHF 504'000.00 weniger budgetiert. Für ungedeckte Verwaltungskosten der Sozialregion sind CHF 71'000.00 weniger im Budget enthalten.
- Funktionsstellen „6 Verkehr“: Rund 667'000 Franken über dem Vorjahresbudget. Das Nettoergebnis bei den Gemeindestrassen liegt rund CHF 194'000.00 über dem Vorjahr. Höhere Energiekosten für die öffentliche Beleuchtung und höhere Abschreibungen sind die Hauptursachen. Die Einnahmen aus Parkplatzgebühren nehmen erneut ab und liegen um CHF 76'000.00 unter dem Vorjahr. Für den Winterdienst wird aufgrund von Anschaffungen und Internen Verrechnungen mit einem um CHF 297'000.00 höheren Nettoaufwand gerechnet. Die interne Verrechnung an den Werkhof liegt um CHF 133'000.00 tiefer. Weiter wird mit CHF 60'000.00 tieferem Personalaufwand gerechnet. Der Fuhrpark liegt aufgrund von Anschaffungen und höheren Abschreibungen um CHF 220'000.00 höher. Der Aufwand für den Agglomerationsverkehr liegt um rund CHF 99'000.00 tiefer.
- Funktionsstellen „7 Umweltschutz und Raumordnung“: Rund 138'000 Franken über dem Vorjahresbudget. Die Spezialfinanzierung Abwasser sieht einen Überschuss von CHF 220'397.00 vor. Dieser Betrag wird dem Fonds zugewiesen. Die Spezialfinanzierung Abfallbeseitigung sieht einen Verlust von CHF 185'540.00 vor. Dieser Betrag wird dem Fonds entnommen. Für den Friedhof wird mit rund CHF 115'000.00 höherem Nettoaufwand gerechnet.
- Funktionsstellen „8 Volkswirtschaft“: Rund 75'000 Franken über dem Vorjahresbudget.
- Funktionsstellen „9 Finanzen (ohne Steuern)“: Rund 5'818'000 Franken über dem Vorjahresbudget. Die Hauptdifferenz resultiert auf der Auflösung der Aufwertungsreserve Liegenschaften von 5 Mio. Franken. Diese muss im 2022 im gleichen Rahmen aufgelöst werden, wurde aber im 2022 nicht budgetiert. Der

Finanz- und Lastenausgleich liegt CHF 337'000.00 über dem Vorjahr. Die Fremdkapitalzinsen liegen rund CHF 120'000.00 tiefer. Der Ertrag aus Verzugszinsen liegt um CHF 100'000.00 über dem Vorjahr und die Beteiligungserträge liegen ebenfalls um rund CHF 100'000.00 höher. Bei den Liegenschaften des Finanzvermögens liegt der Aufwand um 295'000.00 Franken tiefer. Der Aufwand kann hier stark schwanken, da keine Projekte mehr über die Investitionsrechnung abgerechnet werden dürfen.

- Insgesamt liegt der Nettoaufwand ohne Steuern um 3.690 Mio. Franken unter dem Vorjahresbudget.
- Die Schätzung der Steuern basiert auf den Angaben des Kantons zum Veranlagungsstand und auf internen Auswertungen zum Stand der Verrechnungen. Die Steuern der natürlichen Personen liegen wegen der beantragten zusätzlichen Steuersenkung von 2.5 Steuerpunkten unter dem Vorjahresbudget. Die Erträge aus der Quellensteuer liegen CHF 550'000.00 über dem Vorjahr. Die Personalsteuer wird analog zum Vorjahr budgetiert. Die übrigen Besitz- und Aufwandsteuern (z.B. Bezug von Vorsorgegeldern) werden CHF 250'000.00 höher budgetiert. Die Hundesteuern und die Grundstückgewinnsteuer bewegen sich im Rahmen des Vorjahresbudgets. Die Steuern der juristischen Personen liegen rund 1.0 Mio. Franken über dem Vorjahresbudget.
Die Forderungsverluste auf Steuerforderungen liegen bei rund 1 Mio. Franken. In der Summe ergibt dies um rund 1.7 Mio. Franken höhere Steuererträge als im Vorjahresbudget.

1.2.2 Die Gesamtfinanzierung schliesst mit einem Finanzierungsfehlbetrag von 11.97 Mio. Franken und ist 1.2 Mio. Franken schlechter als im Budget 2022.

- Der steuerfinanzierte „allgemeine“ Teil des Haushalts zeigt eine Finanzierungslücke von 10.9 Mio. Franken. Die steuerfinanzierten Nettoinvestitionen betragen rund 12 Mio. Franken.
- Wesentliche Investitionen sind die Erweiterung des Feuerwehrgebäudes, diverse Schulraumprojekte (Dachsanierung SH III, Planung Sanierung SH Kastels und Sanierung Schulschwimmhalle) plus Ersatzbeschaffungen bei der Ambulanz.
- Im Bereich der Strassen sind dies die Umgestaltung des Bahnhofplatzes Bahnhof Süd, die Sanierung der Karl Mathy-Strasse, die Sanierung der Bahnhofstrasse inkl. Kreisel und die Sanierung der Romontstrasse.
- Die Nettoinvestitionen von 1.68 Mio. Franken aus der gebührenfinanzierten Spezialfinanzierung Abwasser sind im Wesentlichen die Gesamtsanierung der Karl Mathy-Strasse und die Sanierung der Vakuumstation Staad.
- Bei der gebührenfinanzierten Spezialfinanzierung Abfall sind keine Investitionen geplant.

1.2.3 Die hohen Nettoinvestitionen führen zu einer Neuverschuldung von 11.9 Mio. Franken. Das entspricht einem Selbstfinanzierungsgrad von tiefen 13 Prozent. Anzustreben wäre bei normaler Investitionstätigkeit ein Selbstfinanzierungsgrad von 80 Prozent.

1.3 Seit dem Druck des vorliegenden Budgets 2023 sind noch diverse Budgeteingaben und Wiedererwägungen eingegangen. Gesamthaft belasten diese Anträge das Budget 2023 zusätzlich mit rund 13'500 Franken. Der daraus neu resultierende Überschuss 2023 beträgt dann rund 1.701 Mio. Franken.

Ebenfalls noch eine Mutation: Die Sanierung Kanalisation Zwinglistrasse über CHF 355'000.00 (im Buch auf Seite 110, erste Position zuoberst) kann gestrichen werden. Die Gruppenberatung hat die Strassensanierung gestrichen. Deshalb muss konsequenterweise auch die Kanalisation dazu gestrichen werden.

- 1.4 Das vorliegende Budget 2023 bestätigt den Trend aus den Vorjahren. Die anstehenden Investitionen und Unterhaltsarbeiten können nicht aus den erzielten Steuereinnahmen gedeckt werden, sondern müssen praktisch vollumfänglich aus Fremdkapital finanziert werden. Aktuelle Unsicherheiten ergeben sich zudem aufgrund des Krieges in der Ukraine, der Teuerungsentwicklung, der steigenden Energiekosten und der fortwährenden Situation wegen Covid-19.
 - 1.4.1 Das mittelfristige Ziel muss immer noch das gleiche sein: ein mindestens ausgeglichener Finanzhaushalt mit vertretbarer Neuverschuldung. Die hohen Investitionen im vorliegenden Budget wie auch im Finanzplan führen aber mittelfristig zu einer deutlichen Erhöhung der Verschuldung. Und das in einer Phase, wo die Negativzinsen Geschichte sind und die Zinsen tendenziell stark nach oben zeigen.
 - 1.4.2 Das grösste Problem ist die zunehmende Verschuldung. Damit die Investitionen nicht weiter mit neuen Schulden bezahlt werden müssen, ist es notwendig, dass positive Rechnungsabschlüsse und kleine bis mittlere Überschüsse erzielt werden können. Zudem sind die Investitionsprojekte laufend auf die Notwendigkeit und Dringlichkeit bzw. Priorisierung hin zu prüfen.
 - 1.4.3 Die strategische Verantwortung für die Finanzen der Stadt Grenchen liegt beim Gemeinderat. Die Politik muss Ziele definieren und zusammen mit der Verwaltung die entsprechenden Massnahmen planen, umsetzen und die richtigen Weichen für die Zukunft stellen.
 - 1.4.4 Das Budget 2023 beinhaltet bereits Massnahmen, die umgesetzt wurden. Die Integration der Stadtpolizei in die Kantonspolizei und die Verselbständigung der Kindertagesstätten entlasten das Budget. Das Resultat aus diesen Massnahmen reicht jedoch nicht aus, um die finanzielle Lage der Stadt Grenchen nachhaltig stabil zu halten. Das zeigt der Blick auf die Kennzahlen - insbesondere die Finanzierungsergebnisse - deutlich. Die bisherige Infrastruktur muss langfristig geplant werden, damit Planungssicherheit für die bestehenden und Platz für neue Projekte geschaffen werden kann.
 - 1.4.5 Der Gemeinderat ist weiterhin verpflichtet, die Finanzen der Stadt Grenchen zu stabilisieren und mit Augenmass zu investieren. Das wird nicht ohne zu sparen, nicht ohne zu priorisieren und auch nicht ohne zu verzichten funktionieren.
- 1.5 Stadtpräsident François Scheidegger dankt dem David Baumgartner für seine Ausführungen.

2. Eintreten

- 2.1 Gemäss Gemeinderat Alexander Kaufmann wurde die SP-Fraktion von David Baumgartner persönlich über die Budgetsituation orientiert. Sie bedankt sich bei sämtlichen Verwaltungsabteilungen, allen voran der Finanzverwaltung, für die Erstellung der komplexen und anspruchsvollen Unterlagen. Das Budget 2023 rechnet mit einem Ertragsüberschuss von ca. 1.7 Mio. Franken, jedoch mit einem Finanzierungsfehleregebnis von ca. minus 11.9 Mio. Franken. Hauptgründe für das schlechte Finanzierungsergebnis sind die hohen Investitionen, welche in der Stadt getätigt werden müssen. Das strukturelle Defizit begleitet die Stadtfinanzen und das wird sich in den nächsten paar Jahren

kaum ändern (siehe Finanzplan 2023-2027). Auch wenn bei den natürlichen Personen wie auch bei den juristischen Personen mit höheren Steuereinnahmen zu rechnen ist, trägt dies kaum zu einem besseren Finanzierungsergebnis bei. Auf der Ausgabenseite belasten die hohen Energiekosten wie auch die Teuerung das Budget zusätzlich. Der positive Steuereffekt mit der Auflösung und Integration der Stadtpolizei in die Kantonspolizei ist aus diesen aktuellen Gründen ausgeblieben. Darum ist es für die SP völlig unverständlich, dass an den Budgetberatungen entschieden wurde, den Steuersatz bei den natürlichen Personen um 2.5 % zu senken. Das sind Steuergeschenke, welche in der angespannten Finanzsituation unverantwortlich sind. Der Finanzplan zeigt klar auf, wohin der Weg führt. Darum stellt die SP-Fraktion den Antrag, die Steuersenkung gemäss Kompass auf 1 % festzusetzen. Sie wäre sogar bereit gewesen, die Kompass-Richtlinie ebenfalls zu verlassen, jedoch in Richtung keine Steuersenkung im 2023 und den Status Quo zu wahren. Die Grenchner Bevölkerung wird nicht verstehen, wenn die Steuern bei so düsteren Finanzaussichten so massiv gesenkt werden, um dann diese in den nächsten Jahren wieder anzuheben. Die Kompass-Strategie wurde damals unter anderen Vorgehensweisen und Leitzielen verabschiedet. Wichtig ist auch, dass der Gemeinderat bei den anstehenden Investitionen auf die Bremse drückt, will heissen, er muss verschiedene Projekte, welche nicht zwingend sofort umgesetzt werden müssen, aus dem Budget streichen. Die SP wird in der Detailberatung diesbezüglich ebenfalls verschiedene Streichanträge stellen. Ihr fehlt in diesem Zusammenhang auch das schon mehrmals erwähnte und verlangte Unterhaltskonzept von Strassen, Liegenschaften und städtischen Anlagen. So könnte wesentlich präziser und auf Jahre verteilt budgetiert werden.

- 2.2 Gemeinderat Richard Aschberger dankt dem Finanzverwalter für den Besuch in der SVP-Fraktion und die Beantwortung der aufgeworfenen Fragen. Er redet zum Finanzplan und zum Budget 2023 zusammen, da beides untrennbar miteinander verbunden ist. Die SVP sieht das Budget kritisch, wird ihm aber zustimmen, auch mit Blick auf die Sondersitzungen respektive Workshops des Gemeinderates im Januar resp. März 2023. Spätestens mit dem jetzigen Budget und Finanzplan sollte jedem klar sein, in welche Richtung die Stadt Grenchen driftet, wenn man nicht endlich rigoros anfängt zu sparen und sich nicht mehr unnötigen Luxus leistet. Die Selbstfinanzierung ist schwach, man hat weiterhin ein operatives Defizit in Millionenhöhe (über 3 Millionen für das nächste Jahr), man läuft in eine Verschuldung hinein und am Ende des Jahrzehnts droht eine Zwangsverwaltung durch den Kanton. Durch diverse exogene Faktoren, welche auf einen Schlag zusammen eingetroffen sind, zerlegt es den Finanzplan regelrecht. Und mit einem lachenden und auch weinenden Auge darf er für die SVP-Fraktion feststellen, dass sie mit ihren jeweils als «Schwarzmalerei» betitelten Rufen nach Vorsicht und Sparen recht hatte und das Vorausgesagte nun eingetroffen ist. Die Zinsen gehen schlagartig hoch, Inflation ist da und schlägt auf die Investitionen durch usw. Dann fliegt dem Gemeinderat noch der Teuerungsausgleich um die Ohren, weil man das Projekt «Neue Personalordnung» hat schleifen lassen und nun die Anpassung so machen muss. Kleine Seitenbemerkung: Auf die völlig übertriebene Forderung des Personalverbands nach kumuliert 5 % mehr Lohn für das nächste Jahr (nebst Stufenanstiegen) geht die SVP natürlich nicht ein. Er empfiehlt sonst, das Buch von Olivier Blanchard, Volkswirtschaftslehre, Titel Makroökonomie, Thematik Lohn-Preis-Spirale zu lesen. Dann noch einige Bemerkungen, insbesondere zum Finanzplan: Die SVP hat immer vor der Verschuldung und den Verlockungen des billigen Geldes gewarnt und der Gemeinderat erinnert sich sicher auch an seinen Vorstoss betreffend Schuldenbremse. So schnell kann es gehen und es würde ein Thema werden, aber eben...

Wenn man nur die Zahlen anschaut, was man in den nächsten Jahren an Fremdfinanzierung aufnehmen muss, so wird man in 5 Jahren rund 5 Steuerprozent nur für die Bedienung der Schulden aufwenden müssen, was ein No-Go ist. Operativ würde man mit dem vorliegenden Finanzplan ständig negativ bleiben und auch hier wieder, so kann es nicht weitergehen. Das strukturelle Defizit muss korrigiert werden. Wenn man aber ständig neue Stellen und Projekte genehmigt, welche dann Fixkosten erzeugen, kommt man eben nie aus dem Teufelskreis heraus. Man hat die letzten Jahre wegen der Neubewertungsreserven budgetkosmetisch-technisch super gelebt. Nur diese sind ja nicht in Cash verfügbar und Cash ist das Problem der Stadt, was die SVP schon ewig predigt. Man muss eben ein Budget und auch eine Bilanz lesen können und darum ist er froh, hat es diesmal so eindeutiges grafisches Material dabei, damit es wirklich für jeden verständlich ist, wohin die Reise geht, wenn man das Ruder nicht endlich massiv herumreisst. Man kann sich eine solche Investitionssumme jährlich nicht leisten, die muss irgendwo zwischen 6-8 Millionen liegen und operativ muss man positiv werden, sonst gute Nacht. Wie schlecht man aufgestellt sind, sieht man auch beim Finanzausgleich, da stehen neue Rekordwerte an. 7 Millionen Franken pumpt der Kanton in die Stadt. Er erinnert daran, dass man vor ein paar Jahren noch Nettozahler war.

Fazit: Es braucht einen Massnahmenplan im Januar 2023. Man hat keine Zeit zu verlieren, den Kompass neu zu stellen. Oder man fährt die Stadt finanztechnisch an die Wand und die hohen Herren aus Solothurn sagen dann, wie es hier geht, wenn man bei 5000 Franken Verschuldung pro Kopf angekommen ist und dann zwangsverwaltet wird. Die SVP wird in der Detailberatung mit diversen Streichungsanträgen kommen.

2.3 Wie Gemeinderat Robert Gerber ausführt, wurde das Budget für das nächste Jahr wie alle Jahre wieder in den sogenannten Gruppenberatungen während zweier ganzer Tage ausgiebig diskutiert. Wo es abgebracht erschien, wurden in Absprache mit den Abteilungsleitenden und den Kommissionen Kürzungen vorgenommen. Alles in allem sieht das Budget für das nächste Jahr auf den ersten Blick gar nicht so schlecht aus. Im Gegenteil, es schliesst mit einem Ertragsüberschuss von 1.715 Mio. Franken ab, 5.4 Mio. Franken besser als das Budget für das laufende Jahr. Die Integration des städtischen Polizeikorps in die Kantonspolizei verbessert das Ergebnis um etwa 1.5 Mio. Franken gegenüber dem laufenden Jahr und nicht um mehr. Die Gründe sind bekannt.

Die FDP-Fraktion wird auf das Budget eintreten und den gestellten Anträgen zustimmen. Der Ertragsüberschuss von über 1,715 Mio. Franken sieht zwar gegen aussen gut aus. Man darf sich jedoch nicht täuschen lassen, da davon im Zusammenhang mit der Auflösung der Neubewertungsreserve Abzüge gemacht werden müssen. Der Selbstfinanzierungsgrad von knapp 13 Prozent ist immer noch zu tief und ungenügend. Die Netto-Investitionen sind mit über 13 Mio. Franken hoch, so hoch wie nie vorher, also zu hoch. Mit dem tiefen Selbstfinanzierungsgrad besteht im Budget 2023 ein hoher Finanzierungsfehlbetrag von fast 12 Mio. Franken. Diese Ausgangslage wäre nicht so schlecht bei der Vermögenslage der Stadt und könnte problemlos verkraftet werden, wenn es um eine Einmaligkeit gehen würde.

Gemäss Finanzplan gestalten sich aber die nachfolgenden Jahre ähnlich wie das Budgetjahr, was der FDP-Fraktion grosse Sorgen bereitet. Gemäss Finanzplan bestand noch ein Nettovermögen pro Kopf. Dieses ist weg und wird sich in den kommenden Jahren - falls alles wie geplant eintrifft - in eine Nettoschuld pro Kopf von rund CHF 3000.00 umwandeln. Ein solcher Abbau ist eindeutig zu hoch, dies auch im Wissen darum, dass ein gewisser Nachholbedarf bei den Investitionen vorhanden ist. Eine kleine Nettoschuld könnte auch noch knapp akzeptiert werden.

In den letzten Jahren fiel die Rechnung immer besser als das Budget und besser als der Finanzplan aus. Man kann jedoch in Zukunft nicht davon ausgehen, dass dies auch weiterhin so sein wird. Leider ist es aber so, dass auch in den kommenden Jahren vermutlich weiterhin grosse Investitionen anstehen werden. Ein Teil der Investitionen wurde bereits vom Volk bewilligt, was den Ermessenspielraum der politischen Behörden einschränkt. Aufgrund dessen gibt es wohl nichts anderes als das Setzen von klaren Prioritäten bei den Investitionen. Ansonsten führt dies zwangsweise zu schmerzhaften Verzichtsplanungen, die auch schon durchgeführt werden mussten, was alles andere als angenehm ist. Die FDP hat ihre Vorstellungen bezüglich des Ausdünnens der Investitionen für das kommende Jahr allen Fraktionen bereits zukommen lassen.

Im Zuge des Projektes Kompass hat man sich zum Ziel gesetzt, den Steuerfuss der Stadt nachhaltig auf das kantonale Mittel von gegenwärtig um die 116.5 Prozent zu senken. Diesem Ziel ist man in jährlichen Senkungsschritten von einem Prozent immer nähergekommen. Im Rahmen der Gruppenberatungen wurde auch das Vorgehen für das kommende Jahr diskutiert. Man ist übereingekommen, für das Budget 2023 zusätzlich zum obligaten jährlichen Prozent den Steuersatz um zusätzliche 1.5 Steuerprozent auf 117.5 Prozent zu senken. Dies unter anderem mit der Begründung, dass mit der Integration des städtischen Polizeikorps in die Kantonspolizei die Belastung um 5 bis 6 Steuerprozent hinfällig wird. Im Verlaufe des Prozesses wurde immer wieder betont, dass, sollte man das Polizeikorps nicht integrieren, die Steuern um eben diese 5 bis 6 Prozent erhöht werden müssten. Die Auflösung des eigenen Polizeikorps ist ein schmerzhaftes Unterfangen, nicht nur für Einzelpersonen, sondern auch für Teile der Bevölkerung. Es ist deshalb nichts als recht, wenn der Bevölkerung eine Art Dividende in Form einer Senkung des Steuersatzes zugutekommt. Es gibt aber auch andere Gründe, die zum gegenwärtigen Zeitpunkt für einen schonenden Umgang mit dem Geldsäckel der Steuerzahlenden sprechen. Steigende Energiepreise, steigende Zinsen, steigende Lebenshaltungskosten und die Teuerung tragen dazu bei, dass der Bevölkerung das Geld im Portemonnaie fehlt. Alles Gründe, die eine Senkung des Steuerfusses rechtfertigen. Nicht ausser Acht lassen darf man den Umstand, dass die Grenchner Stimmbevölkerung sowohl die Initiative »Jetzt si mir draa« als auch den Gegenvorschlag der Regierung, welche beide Steuersenkungen vorsahen, angenommen hat. Ein deutliches Zeichen dafür, dass die Grenchnerinnen und Grenchner weniger Steuern zahlen wollen. Der Gegenvorschlag der Regierung, welcher beträchtliche Steuerausfälle für die Gemeinden zur Folge hat, wurde im Übrigen von Exponenten der SP Grenchen unterstützt und wärmstens zur Annahme empfohlen.

Bleibt noch die Feststellung, dass kein Antrag auf eine Steuersenkung bei den juristischen Personen vorliegt. Hier wurde ja bekanntlich in den letzten Jahren andernorts an der Steuerschraube, und zwar nach unten, gedreht.

Die FDP-Fraktion wird auf das Budget eintreten und den gestellten Anträgen zustimmen. Im Rahmen der Detailberatung wird sie auf die gestellten Verschiebungs-, Kürzungs- und Streichungsbeiträge in der Investitionsrechnung noch zu sprechen kommen.

- 2.4 Gemeinderat Matthias Meier-Moreno dankt David Baumgartner namens der Mitte-Fraktion für die geleistete Arbeit und seine kompetenten Aussagen, dank denen auch Nicht-Finanzspezialisten wissen, worum es geht. Es ist eine komplexe Geschichte. Man hat nicht nur einen grossen Investitionsstau, sondern auch ein Einnahmeproblem. Der Wirtschaftsmotor brummt, es hat viel weniger Arbeitslose, trotzdem kommt verglichen mit früheren Jahren bei den juristischen Personen zu wenig Steuerertrag rein.

Er kennt den Meccano nicht. Es müsste mehr Geld in Kasse gespült werden. Mit den 10. Mio. Franken kann man gewisse Sache realisieren und den Investitionsstau abbauen. Er hofft, dass man die Schulden wieder einmal abbauen kann. Der Gemeinderat muss jetzt handeln. Um eine Verzichtsplanning kommt man nicht herum. Man muss gewisse Sachen, die man sich nicht leisten kann, streichen.

- 2.5 Der Gemeinderat, so Gemeinderat Daniel Hafner, hat die strategische Verantwortung für die Finanzen der Stadt. Hier machen sich die bürgerlichen Parteien zurecht viele Gedanken. Vor zwei Jahren hat der Gemeinderat Workshops abgehalten und als wichtigste Massnahme zur Senkung des strukturellen Defizits die Abschaffung der Stadtpolizei ins Auge gefasst. Damit, wie er mit der Geschichte umgegangen ist, hat er sich nicht viele Lorbeeren verdient. Den Stimmbürgerinnen und -bürgern wurde kommuniziert, dass dieser Schritt notwendig ist. Dem Polizeikorps wurde gesagt, dass man nicht darum herumkommt. Die Massnahme war wegen der Energiekrise und des strukturellen Defizits gerechtfertigt. Hier ist man sich einig. Jetzt hört er von Robert Gerber, dass man aufgrund der Auflösung der Stadtpolizei der Bevölkerung eine Dividende zahlen will. Es geht nicht mehr um das strukturelle Defizit, sondern man will der Bevölkerung eine Dividende von 2.5 % in Form einer Senkung des Steuersatzes zugutekommen lassen. Der Stadt fehlt das Geld dafür. Es fehlen Steuererträge und jetzt will man die Steuern noch senken. Die SP stimmt contre Coeur einer Senkung um 1 % gestützt auf die Kompass-Strategie zu. Dass man noch 1.5 % draufschlägt, ist betriebswirtschaftlich nicht zu rechtfertigen. Ob David Baumgartner das kraft eines Amtes rechtfertigen kann, weiss Daniel Hafner nicht. Er jedenfalls bekundet grosse Mühe damit.
- 2.6 Gemäss Gemeinderätin Angela Kummer ist das zweite Ziel des strategischen Leitbilds «Kompass», *den Finanzhaushalt nachhaltig zu stabilisieren*. Man hat mehrere Workshops durchgeführt, um das Gleichgewicht des Finanzhaushaltes wieder herzustellen. Die SP-Fraktion hat sich aktiv an der Kompass-Strategie und der längerfristigen Steuerstrategie beteiligt, immer unter dem Aspekt „sollte es denn gangbar und finanzierbar“ sein. Die Investitionen sollen auf 10 Mio. Franken plafoniert werden. Hierzu bietet die SP Hand. Man muss Investitionen tätigen, sonst wird der Investitionsstau noch grösser. Es wird immer nur von Sparmassnahmen gesprochen, die anscheinend nötig sind. Es ist nicht so, dass nichts gemacht wurde. Aber die Einnahmeseite muss man auch anschauen! In den letzten drei Jahren ist man schon drei Steuerpunkte runter. Steuer-senkungen bedeuten auch Mindereinnahmen. Nun auf eine weitere halbe Million zu verzichten, ist nicht sehr vorausschauend. Das macht für die meisten Einkommen eine Steuerersparnis von ein paar Franken aus. Das ist nicht der Grund, weshalb die Leute nach Grenchen ziehen. Es kann sein, dass sie sich mehr wegen nicht sanierter Strassen oder fehlender Infrastrukturen ärgern. Die SP wird hier nicht mitmachen. Es gibt den Auftrag des Gemeinderates, dass bei jeder Abteilung geschaut wird, ob es effizient läuft und ob es die bestehenden Ressourcen wirklich braucht. Die steigenden Energiepreise führen zu höheren Lebenshaltungskosten. Man sollte eher bei den Energiepreisen der SWG etwas machen. Das wäre gesellschaftlich fairer als Steuergeschenke.
- 2.7 Richard Aschberger meint, dass das Budget nicht separat ohne Finanzplan angeschaut werden kann. Es stimmt, dass man in den letzten Jahren Steuersenkungen vorgenommen hat, es gab aber auch mehr Steuereinnahmen bei den natürlichen Personen. Man kann also nicht sagen, dass man Geld verliert. Bei der Behandlung des Controllingberichts «Kompass» hat man gesehen, dass der Steuerertrag der natürlichen Personen pro Kopf in den letzten Jahren gestiegen ist. Das ist Beleg dafür - das ist jetzt nicht wertend gemeint - dass man qualitativ hochstehende Leute, d.h. Nettosteuerzahler und weniger «Gratisbürger» bekommt.

Man muss das Ganze im internationalen Kontext sehen. Das wird nicht von der Stadt Grenchen bestimmt. Man muss sich damit abfinden, dass sich die Situation bei den juristischen Personen nicht ändern lässt.

- 2.8 Nach Ansicht von Robert Gerber kann eine Steuersenkung etwas Präventives haben, denn wenn ein Politiker Geld zur Verfügung hat, gibt er es aus. Er war immer skeptisch gegenüber überproportionalen Steuersenkungen. Er hat aber das Gefühl, dass dies hier eine Steuersenkung für alle ist und nicht eine Steuersenkung von Kanton und Bund für Wenige.
- 2.9 Für Daniel Hafner ist klar, dass die Steuererträge bei den natürlichen Personen zugenommen haben. Das ist bei allen Gemeinden im Kanton der Fall und hat mit dem Bevölkerungswachstum zu tun. Die Stadt Grenchen hat den Vorteil, dass sie Wohnraum an attraktiver Wohnlage hat. Es wurde gesagt, dass man Sorge zur Stadt tragen und sie besser präsentieren soll. Sie tut dies momentan nicht optimal. Man ist daran, mit Investitionen das Problem zu beheben. Es gibt Strassen, die aussehen wie Bukarest anno 1958. Dass der Steuerertrag bis 2027 weiter steigt, ist Wunschgedanke. Was ist, wenn man in eine Rezession rutscht? Was passiert dann mit dem Standort Grenchen? Er ist dagegen, dass man die Steuern bei den natürlichen Personen so massiv senkt und dann wieder jeden Budgetposten auf Sparpotential hin überprüfen muss.
- 2.10 François Scheidegger erinnert daran, dass die SP-Fraktion im Gemeinderat bei der Behandlung des Geschäfts «*Steuer-Initiative «Jetz si mir draa» sowie Gegenvorschlag Parolenfassung für a.o. GV des VSEG»* dem Gegenvorschlag zugestimmt hat. Diese Massnahme hat die Stadt 2 Mio. Franken gekostet (d.h. 6 Steuerpunkte). Die Bürgerlichen haben dem nicht zugestimmt.

Eintreten wird beschlossen.

3 Detailberatung

Das Budget 2023 wird Seite für Seite durchgegangen.

3.1 Erfolgsrechnung

3.1.1 Keine Wortmeldungen.

3.2 Investitionsrechnung

3.2.1 **Feuerwehr / Erweiterung Garderoben Duschen (IR-Konto 1500.5040.xx)**

Robert Gerber beantragt eine Etappierung des Projektes (IR-Kredit CHF 980'000.00). auf zwei Jahre (z.B. CHF 500'000.00 und CHF 480'000.00). Es gibt gewisse Möglichkeiten, nicht alles im 2023 realisieren zu müssen.

Stadtbaumeister Aquil Brigger hat das mit der Feuerwehr angeschaut. Eine Etappierung ist möglich, man kann die Fassaden und die Tore um ein Jahr hinausschieben. Diese Arbeiten sind unabhängig von den Garderoben und den sanitären Anlagen. Gemäss Berechnungen braucht es im 2023 CHF 840'000.00. CHF 140'000.00 können ins 2024 verschoben werden. Eine weitere Unterteilung macht keinen Sinn, sonst hat man höhere Kosten wegen eines Provisoriums.

Feuerwehrkommandant Thomas Maritz findet den Vorschlag gut, die Fassaden und Tore auf 2024 zu verschieben und den Rest wie geplant im 2023 durchzuführen, damit man im Oktober 2023 wieder in der Wärme ist.

Der Antrag auf Etappierung des IR-Kredits (CHF 840'000.00 im 2023 und CHF 140'000.00 im 2024) wird stillschweigend gutgeheissen.

3.2.2 **Parktheater / Ersatz-Beleuchtung Säle, Restaurant und Div. («0 Allgemeine Verwaltung»)**

Angela Kummer bezieht sich auf den Finanzplan 2023-2027, wo für das Objekt im 2024 ein Betrag CHF 270'000.00 aufgenommen wurde. Könnte man aufgrund der Energiesituation etwas vorziehen? Gibt es schon ein spruchreifes Projekt?

Aquil Briggen erklärt, dass man dran ist und einmal einen Raum macht.

3.2.3 **Schulliegenschaften / Schulhaus III: Umnutzung Hauswartwohnung (IR-Konto 2170.5040.xx)**

Robert Gerber beantragt, den IR-Kredit von CHF 150'000.00 um CHF 60'000.00 auf CHF 90'000.00 zu kürzen.

Aquil Briggen macht beliebt, den IR-Kredit wieder auf CHF 244'000.00 zu erhöhen (gemäss BAPLUKB 44/11.07.2022). Die Gruppenberatungen haben den IR-Kredit auf CHF 150'000.00 gekürzt. Das wird aber nicht reichen, um die geplanten Arbeiten auszuführen. Das ist keine Luxuslösung. Eine Kürzung auf CHF 150'000.00 wird zur Folge haben, dass man nicht anfangen kann und mit einem Nachtragskredit kommen muss. Verschiebt man es auf 2024, ist teuerungsbedingt mit Mehrkosten zu rechnen.

Ivo von Büren meint, dass die Umnutzung der Hauswartwohnung Wunschbedarf ist. Das kann man noch um ein Jahr hinausschieben. Wenn der Hauswart nicht pensioniert worden wäre, wäre es auch gegangen.

Gesamtschulleiterin Nicole Hirt bestätigt, dass der Raumbedarf stetig zunimmt, vor allem was Gruppenräume betrifft. Sie lädt die GR-Mitglieder namens der Lehrerschaft ein, einen Augenschein vorzunehmen. Die Situation ist recht prekär. Für individuelle Arbeiten und Gruppenarbeiten braucht es mehr Platz. Sie hat das nicht gewünscht. Das hat die Zeit mit sich gebracht. Davor kann man sich nicht verschliessen.

Laut François Scheidegger haben die Gruppenberatungen den IR-Kredit aus Spargründen auf CHF 150'000.00 gekürzt. Wenn es nicht reicht, braucht es einen Nachtragskredit.

Daniel Hafner weist auf die Teuerung und die Inflation hin. Wenn der Bedarf in einem Jahr besteht, dann verteuert sich das Ganze ziemlich sicher. Ist es weise, das jetzt nicht zu realisieren, wenn sich die Rechnung dadurch in einem Jahr massiv erhöht?

Alexander Kaufmann findet, dass man sich auf die grossen Brocken beschränken soll.

Richard Aschberger plädiert für Kostenwahrheit. Für ihn geht eine Kürzung auf CHF 90'000.00 nicht. Entweder nimmt man CHF 244'000.00 oder gar nichts im Budget auf. Er stellt den Antrag auf Streichung des IR-Kredits von CHF 150'000.00.

Der Antrag auf Streichung des IR-Kredits von CHF 150'000.00 wird mit 9 zu 4 Stimmen, bei 2 Enthaltungen, gutgeheissen.

3.2.4 **Kultur und Freizeit / Neugestaltung Stadtpark (IR-Konto 3424.xxxx.xx)**

Robert Gerber beantragt, den IR-Kredit von CHF 250'000.00 zu streichen. Der benötigte Planungskredit ist im 2023 via Nachtragskredit zu beantragen, wenn die genauen Zahlen bekannt sind.

Der Antrag auf Streichung des IR-Kredits von CHF 250'000.00 wird stillschweigend gutgeheissen.

3.2.5 Sport / Minigolfanlage: Bauliche Massnahmen (IR-Konto 3410.5040.17)

Robert Gerber beantragt, den IR-Kredit von CHF 93'000.00 zu streichen oder zu etapieren.

Für die Details verweist Aquil Briggen auf die Offerten in der Beilage des BAPLUKB 51/22.08.2022.

Angela Kummer stellt den Antrag auf Streichung des IR-Kredits von CHF 93'000.00. Der Stadtpark hat mehr Bedeutung.

Der Antrag auf Streichung des IR-Kredits von CHF 93'000.00 wird mit 12 : 3 Stimmen gutgeheissen.

3.2.6 Fussballstadion Brühl: Betonsanierung und Umbau / Prüfung Alternativprojekt ohne Betonsanierung, dafür Teilabriss mit Teilneubau («3 Kultur und Freizeit»)

François Scheidegger verweist auf den Finanzplan und fragt, ob für das Objekt Beträge im 2024 und 2025 aufgenommen werden sollen.

Laut Aquil Briggen hat die Gemeinderatskommission einen Planungskredit gesprochen. Der Auftrag wurde vergeben. Mit der Eidgenössische Hochschule für Sport Magglingen wurde abgeklärt, was es an Garderoben braucht. Das Projekt wird zuhänden Budget 2024 vorbereitet. Er kann noch keine genauen Angaben machen.

3.2.7 BLS-Brücke, Instandsetzung, Sanierung («6 Verkehr Infrastruktur»)

Alexander Kaufmann bezieht sich auf den Finanzplan, wo das Objekt mit 3.7 Mio. Franken drin ist (2026 und 2027 je 1.850 Mio. Franken). Die Brücke gehört der Stadt. Ein Neubau kostet ca. 7 Mio. Franken. Er stört sich massiv am Vertrag, der damals abgeschlossen wurde.

Gemäss François Scheidegger gibt es keine ewigen Verträge, rechtlich hält das nicht stand. Man ist am Verhandeln mit der BLS.

Aquil Briggen bestätigt, dass man vor längerer Zeit Verhandlung aufgenommen hat. Es war schwierig, an die richtigen Leute heranzukommen. Der Kostenpunkt wurde thematisiert. Die BLS hat selbst Handlungsbedarf und zugesagt, das Ganze zu prüfen. Die Baudirektion wartet auf ihren Bericht.

3.2.8 Gemeindestrassen / BLS-Brücke: Instandsetzung, Projektierung (IR-Konto 6150.5010.33)

Robert Gerber beantragt, den Projektierungskredit von CHF 100'000.00 zu streichen. Es soll nachverhandelt und wenn nötig eine Gewichtsbeschränkung verfügt werden.

Der Antrag auf Streichung des IR-Kredits von CHF 100'000.00 wird einstimmig gutgeheissen.

3.2.9 Gemeindestrassen / Rahmenkredit Strassenunterhalt (IR-Konto 6150.5010.90)

Angela Kummer beantragt, den IR-Kredit von CHF 390'000.00 um CHF 30'000.00 auf CHF 360'000.00 zu kürzen. Das sollte verkraftbar sein.

Aquil Briggen bemerkt, dass gewisse Strassenprojekte vorgesehen sind. Wenn man den Kredit kürzt, werden gewisse Projekte rausfallen.

Ivo von Büren ist gegen eine Kürzung, sonst hat man mehr Schäden.

Der Antrag auf Streichung des IR-Kredits von CHF 390'000.00 um CHF 300'000.00 auf CHF 360'000.00 wird mit 10 : 5 Stimmen abgelehnt.

3.2.10 **Gemeindestrassen / Romontstrasse, Strassensanierung (Hocheinbau) (IR-Konto 6150.5010.xx)**

Robert Gerber beantragt, den IR-Kredit von CHF 730'000.00 zu streichen, mit dem Kanton (je nachdem Bern oder Solothurn) zu verhandeln und wenn nötig eine Gewichtsbegrenzung zu verfügen, so dass nur diejenigen mit der entsprechenden Zulassung die Strassen befahren können.

Aquil Briggen betont, dass die Strasse in einem schlechten Zustand ist. Die Sanierung könnte die Lebensdauer deutlich verlängern. Wenn die Strasse bricht oder abrutscht, kostet die Reparatur dann 2 oder 2.5 Mio. Franken.

François Scheidegger stört, dass die Stadt eine Strasse, die den Charakter einer Kantonsstrasse hat, allein finanzieren muss. Man müsste dem Kanton Bern oder Solothurn klar machen, dass man nicht bereit ist, dies zu machen. Dass die Strasse nächstens auseinanderfällt, kann er nicht glauben. Es gibt immer noch den Rahmenkredit für Strassenunterhalt, wenn man etwas machen müsste.

Richard Aschberger unterstützt den Streichungsantrag. Er ist viel mit dem Velo unterwegs und kann sagen, dass die Strasse auf beiden Fahrseiten keine Schlaglöcher aufweist. Es ist vertretbar, die Strassensanierung um ein Jahr hinauszuschieben.

Der Antrag auf Streichung des IR-Kredits von CHF 730'000.00 wird einstimmig gutgeheissen.

3.2.11 **Gemeindestrasse / Eschenrain: Treppenweg (IR-Konto 6150.5010.xx)**

Robert Gerber beantragt, den IR-Kredit von CHF 160'000.00 um CHF 60'000.00 auf CHF 100'000.00 zu kürzen. Die Kosten des ersten Projekts lagen bei CHF 70'000.00. Es ist ein 10-jähriges Anliegen aus dem Quartier Man soll auch solche Quartiere berücksichtigen. Es wurde eine Bebauung bewilligt. Der Hang ist gefährlich. Es war nie die Rede von einer Luxuslösung.

Richard Aschberger stellt den Antrag auf Streichung des IR-Kredits von CHF 160'000.00.

Eine Kürzung auf CHF 100'000.00, so Aquil Briggen, wird zur Folge haben, dass man nicht anfangen kann und mit einem Nachtragskredit kommen muss oder nur den halben Weg machen kann.

Laut François Scheidegger beantragt die BAPLUK eine Ablehnung des Projekts (gemäss BAPLUKB 41/11.07.2022).

Robert Gerber lädt die BAPLUK ein, die Situation vor Ort anzuschauen.

Daniel Hafner findet, dass Robert Gerber Betroffenheitspolitik betreibt und sich dort ein Denkmal setzen will. Die Zeiten von Luxuslösungen sind vorbei. Unten ist eine Bushaltestelle, die kaum Passagierfrequenzen aufweist.

Robert Gerber weist darauf hin, dass auch SP-Mitglieder an ihn herangetreten sind und bei diesem Projekt Druck machen.

François Scheidegger weiss, dass der Gemeinderat damals quasi ein Versprechen abgegeben hat.

Der Antrag auf Streichung des IR-Kredits von CHF 160'000.00 wird mit 13 : 1 Stimmen, bei 1 Enthaltung, gutgeheissen.

3.2.12 **Tourismus, Kommunale Werbung / Signaletik (IR-Konto 8400.5060.35)**

Robert Gerber beantragt, den IR-Kredit von CHF 250'000.00 zu verschieben oder zu etappieren.

Aquil Briggen erklärt, dass der Gemeinderat das Teilprojekt Digitale Plakatstelen genehmigt und zusätzlich zu den bereits bewilligten CHF 250'000.00 einen Zusatzkredit von CHF 40'000.00 bewilligt hat. Der Ausführungskredit von CHF 290'000.00 wurde am 5. Juli 2022 freigegeben (GRB 2908).

Laut Angela Kummer hat man im ursprünglichen Betrag etwas für das Teilprojekt Fussgänger-Leitsystem aufgenommen. Aufgrund der Neugestaltung Bahnhofplatz Grenchen Süd verzögert sich die Umsetzung.

François Scheidegger bestätigt, dass das Teilprojekt in den Bruttokosten von CHF 350'000.00 enthalten ist. Dass die CHF 250'000.00 im 2023 gebraucht werden, ist realistisch.

Gemäss Aquil Briggen ist man am Auslösen der Digital Plaketstelen. Das Fussgänger-Leitsystem kommt erst, wenn der Bahnhofplatz Süd realisiert ist, d.h. im 2024. Man soll es so sein lassen (CHF 250'000 im 2023 und CHF 100'000.00 im 2024).

Richard Aschberger möchte einen Statusbericht betreffend Plakatstelen.

Zuhanden Protokoll nimmt die Baudirektion zum aktuellen Stand der Arbeiten wie folgt Stellung:

- *Der Werkvertrag mit der Signal AG ist bereit zur Unterschrift.*
- *Der Werkvertrag mit der SWG und Tiefbau ist in Arbeit, es fehlen noch die letzten Angaben, um den Vertrag definitiv zu verfassen.*

3.2.13 **Tourismus, Kommunale Werbung / Ersatz Weihnachtsbeleuchtung (IR-Konto 8400.5060.36)**

Robert Gerber beantragt, den IR-Kredit von CHF 60'000.00 zu streichen.

Gemäss Mike Brotschi, Projektleiter SF, geht es um die Rain-, Bettlach-, Solothurn- und Bachstrasse. Alles andere wurde angeschafft.

Angela Kummer möchte, dass man es nicht nur verschiebt, sondern ganz aus dem Finanzplan streicht.

François Scheidegger meint, dass man jederzeit wieder damit kommen kann.

Der Antrag auf Streichung des IR-Kredits von CHF 60'000.00 wird einstimmig gutgeheissen.

3.2.14 **Abwasserbeseitigung SF / Zwinglistrasse, Kanalisationssanierung (IR-Konto 7201.5032.xx)**

Gemäss David Baumgartner wird der IR-Kredit von CHF 355'000.00 gestrichen.

Das Projekt, so François Scheidegger, wird um ein Jahr hinausgeschoben. Man wird nächstes Jahr wieder darüber reden können.

3.3 Beschluss und Antrag gemäss Budgetbuch (S. 21)

3.3.1 Alexander Kaufmann beantragt zu Ziffer 5.1, den Steuerfuss für das Jahr 2023 für die natürlichen Personen auf 119 % festzulegen (d.h. Senkung nur um 1 % gemäss Kompass-Strategie). Die Gründe dafür hat er in seinem Eintretensvotum erwähnt.

Der Abänderungsantrag zu Ziffer 5.1 wird mit 11 : 4 Stimmen abgelehnt.

Die Anträge gemäss Ziffern 1, 2, 3, 4, 5.2, 6 und 7 werden einstimmig gutgeheissen.

Es ergeht folgender

4 Beschluss

Der Gemeinderat beantragt der Gemeindeversammlung:

4.1 Das Budget der Stadt Grenchen für das Jahr 2023 wird genehmigt.

4.2 Der Steuerfuss für das Jahr 2023 wird für die natürlichen Personen auf 117.5 % festgelegt.

4.3 Der Steuerfuss für das Jahr 2023 wird für die juristischen Personen auf 120 % der einfachen Staatssteuer festgelegt.

4.4 Die Personalsteuer für das Jahr 2023 wird auf CHF 50.00 festgelegt.

4.5 Die Feuerwehrdienstpflicht-Ersatzabgabe wird für das Jahr 2023 auf 10 % der einfachen Staatssteuer festgelegt. Minimum und Maximum richten sich nach dem Gebäudeversicherungs-gesetz und den Ausführungsbestimmungen dazu.

4.6 Die Verwaltungsabteilungen sind gehalten, bei der effektiven Kreditbeanspruchung weitere Einsparungsmöglichkeiten anzustreben und insbesondere die tatsächliche Notwendigkeit von Anschaffungen jeweils eingehend abzuklären.

Vollzug: FV

GV
FV
Abteilungsvorsteher/innen

9.2.1.6 / acs

Einsetzung eines Informatikbeirats

Vorlage: KZL/28.09.2022

1 Erläuterungen zum Eintreten

1.1 Stadtpräsident François Scheidegger führt in das Geschäft ein.

1.2 Finanzverwalter David Baumgartner fasst die Vorlage zusammen und gibt ergänzende Erläuterungen.

2 Eintreten

2.1 Gemäss Gemeinderat Matthias Meier-Moreno gab die Vorlage in der Mitte-Fraktion einiges zu diskutieren. Grundsätzlich steht die Mitte hinter der Einsetzung eines Informatikbeirats. Sie sieht den Informatikbeirat als strategisches und unabhängiges Fachgremium, welches bei Informatikprojekten der Verwaltung und den politischen Entscheidungsträgern beratend zur Seite stehen soll. Zugleich soll dieser aber auch als Sparringpartner für die städtische Informatikabteilung dienen und sie sich gemeinsam über neue Entwicklungen, Trends und Möglichkeiten austauschen können. Mit der Auswahl der vorgeschlagenen Fachpersonen ist die Mitte einverstanden, vermisst aber noch einen wissenschaftlichen Mitarbeiter aus der Fachhochschule oder Universität. Zwingend muss die Einhaltung der Ausstandspflicht gewährleistet sein, vor allem dann, wenn jemand aus dem Gremium für ein Projekt offeriert hat, welches durch den Informatikbeirat begutachtet wird. Die Mitte fragt sich, ob Workshops tatsächlich die richtige Arbeitsweise sind, eher tendiert sie dazu, dass der Informatikbeirat projektbezogen zum Einsatz kommen soll. Jedoch muss zuerst getestet, ausprobiert und Erfahrung gesammelt werden. Daher macht die Mitte beliebt, dass nach einem Jahr eine Auswertung erfolgen soll und je nach Ausgang das Pflichtenheft angepasst werden muss. Die Mitte-Fraktion ist für Eintreten und stimmt den Anträgen so zu.

2.2 Michael Schlup, Ersatz-Gemeinderat, dankt der Verwaltung für die Vorlage. Informations- und Kommunikationstechnologie ist ein wichtiges Instrument für die Verwaltung und eine Dienstleistung gegenüber den Einwohnern der Stadt Grenchen. Die Corona-Pandemie hat die Digitalisierung beschleunigt. Sie fordert von allen neue Herangehensweisen und Lösungen im beruflichen und gesellschaftlichen Miteinander. Der Digitalisierungsschub zeigt sich auch in der Stadt Grenchen. Die Informatikabteilung der Stadt Grenchen hat in verschiedener Hinsicht eine wichtige Vernetzungsaufgabe in der Stadtverwaltung. Die Digitalisierung bietet Chancen, stellt die Stadt Grenchen aber auch vor Herausforderungen. Der Informatikbeirat soll die Verwaltung und die Politik dabei unterstützen.

Es wäre sehr wünschenswert, wenn - wie in der Vorlage erwähnt - ein wissenschaftlicher Experte zu den weiteren drei Mitgliedern des Informatikbeirates gehört. So wäre zudem gewährleistet, dass, wenn ein Mitglied wegen Befangenheit in den Ausstand treten muss, immer noch ein Dreier-Team für die Beurteilung zur Verfügung steht. Wichtig ist auch ein jährlicher Bericht des Informatikbeirates über seine Arbeit an den Gemeinderat. Die SP-Fraktion wird den Anträgen zustimmen.

- 2.3 Die glp, so Gemeinderat Patrick Crausaz, findet den Informatikbeirat eine saubere Sache. Deshalb stimmt sie den Anträgen zu. Ihr ist aufgefallen, dass der wissenschaftliche Experte einer Fachhochschule fehlt. Wie ist hier der Stand? Probiert man, jemanden zu evaluieren?
- 2.3.1 Man ist im Gespräch, so David Baumgartner, hat aber noch keine konkrete Kandidatur und bleibt am Ball. Die Idee ist, dass der Informatikbeirat die Person ernennen soll.
- 2.4 Wie Konrad Schleiss, Ersatz-Gemeinderat, ausführt, ist die FDP-Fraktion grundsätzlich für den Informatikbeirat. Allerdings hat sie eine etwas andere Sichtweise. Man hat das Gefühl, dass der Informatikbeirat eine externe Sicht auf die bestehende Informatik werfen und nicht aus Leuten bestehen sollte, die bei der aktuellen Informatiklösung der Stadt mitgearbeitet haben. Gemäss Beschluss der Gemeinderatskommission soll der Informatikbeirat sich zur neuen Homepage äussern und gleichzeitig hat er erfahren, dass einer der Kandidaten für diese offeriert hat. Das ist für ihn als Projektingenieur ein nicht machbares Vorgehen. Normalerweise darf man nach einer Vorbefassung nicht eine Offerte einreichen. Er hat gehört, dass dies aus der zeitlichen Entwicklung so entstanden ist, weil die Gemeinderatskommission im Nachhinein den Webauftritt noch ins Aufgabenheft des Informatikausschusses hineingenommen hat. Für ihn ist ein wichtiger Punkt, dass externe Fachleute möglichst extern sein sollten. Dies sollte erlauben, eine externe Sicht hineinzubringen. Nur die externe Sicht bringt die Stadt in der Gesamtentwicklung weiter. Die neuen Aspekte von Externen sind in der Regel viel wertvoller. Sein Antrag wäre: Es braucht eine wissenschaftliche Vertretung und Personen, die möglichst keine Aufträge in den bestehenden Bereichen haben, damit keine Vorbefangenheit damit einhergeht.
- 2.5 Laut Gemeinderat Richard Aschberger kann die SVP-Fraktion die Vorlage unterstützen. Gerade mit Blick auf die Zukunftsthemen und auch die ganze Ausrichtung der Informatik der Stadt Grenchen ist das sogar ein unverzichtbares Gremium. Das Einzige, was die SVP einwirft und was zu überlegen wäre: Die politische Vertretung in diesem Gremium fehlt. Er kann hier aus Erfahrung beim Kanton sagen, dass sich das bewährt hat. Vor rund 18 Monaten wurde eine Spezialkommission Digitalisierung ins Leben gerufen, welche die Verwaltung bei Digitalisierungsthemen eng begleitet und da es um enorme Summen geht, hilft das auch bei der Verlinkung mit der Politik, wenn es dann Richtung Kredite, Projekte usw. geht. Auch bei der Thematik der Ausschreibungen, Anforderungskataloge Beschaffungen usw. hat sich das kantonale Gremium bewährt. Daher wirft er hier noch in die Runde ein, ob man nicht beispielsweise zwei Mitglieder aus dem Gemeinderat dorthin entsenden möchte. Die müsste man auch nicht besser entlohnen, sondern regulär als Kommissionssitzung oder bei Workshops im Stundenansatz.
- 2.6 François Scheidegger äussert sich zum Thema Compliance: Ist den drei Personen bewusst, dass sie bei Annahme der Wahl sonst keine anderen Mandate für die Stadt übernehmen dürfen? Es ist nicht damit getan, dass man sich bei der Entscheidungsfindung in den Ausstand begibt. Das ist seine persönliche Auffassung.

Die entsprechenden Kriterien wurden seinerzeit im Hinblick auf den neuen Verwaltungsrat der SWG entwickelt. Dem aktuellen Verwaltungsratspräsident der SWG war völlig klar, als er sich zur Wahl stellte, dass er keine Mandate mehr für die SWG ausüben kann. Das wäre hier eine ähnliche Situation. Er hat gehört, dass zwei der drei Kandidaten gesagt haben, dass sie bei dieser Ausgangslage nicht zur Verfügung stehen würden. Das wäre schade. Das sind gute Leute. Sie sollen die Möglichkeit haben, für die Stadt Projekte abzuwickeln. Sascha Nussbaumer hat auch schon ein kleines Projekt betreut und einen Beitrag der Stadt erhalten. Das sind Punkte, wo man genauer hinschauen muss. Das muss von Anfang an richtig umgesetzt werden. Den Vorschlag, noch einen politischen Vertreter hinzunehmen, findet er in dieser Situation gar nicht so schlecht. Das sind alles Sachen, die man sich nochmals überlegen sollte. Es nützt nichts, wenn der Gemeinderat heute zwei Personen hineinwählt, die nachher sagen, dass sie doch nicht zur Verfügung stehen. Dazu kommt, dass man die wissenschaftliche Begleitung auch noch nicht hat. Er macht beliebt, die Vorlage in 1. Lesung zur Kenntnis zu nehmen.

- 2.7 Stadtschreiberin Luzia Meister teilt als Compliance-Verantwortliche die Meinung von François Scheidegger. Man kann es nicht mit einem Ausstand lösen.
- 2.8 François Scheidegger meint, dass auch niemandem gedient ist. Sein Antrag ist, dass man eine 2. Lesung durchführt. Es ist ein wichtiges Gremium, deshalb muss man es umso gründlicher durchdenken.
- 2.9 Matthias Meier-Moreno stellt fest, dass sich der Gemeinderat von den vorgeschlagenen Personen verabschieden muss. Das sind alles Leute aus Grenchen, die hier Gewerbler sind. Man wollte sie nehmen. Das geht jetzt nicht. Man muss nun Externe nehmen. Das kostet Geld. Er weiss nicht, ob man dann jemanden für 1'200 Franken findet. Das sind seine Befürchtungen. Das Problem lässt sich aber auch mit externen Kandidaten trotz Compliance nicht ganz ausmerzen. Auch diese können einmal offerieren wollen. Es ist aber sicher ein gangbarer Weg. Was ihm noch wichtig ist: Es bringt dann nichts, ein GR-Mitglied hineinzuwählen, das von Informatik keine Ahnung hat. Man muss jemanden nehmen, der etwas davon versteht.
- 2.10 Gemäss David Baumgartner handelt es sich um ein Fachgremium. Man hat kein Problem damit, wenn eine politische Vertretung Einsitz hat, aber man spricht zwei Sprachen. Dann muss man immer übersetzen. Es geht mehrheitlich um die strategische Ausrichtung und zukunftsorientierte Lösungen, die man dort diskutieren soll. Dort werden keine operativen Themen erörtert, denn für das Operative ist die Verwaltung da. Betreffend Aussensicht ist zu sagen, dass die Kandidaten eigene Firmen haben und definitiv eine externe Sicht hineinbringen. Sie müssen mit ihren Firmen überleben und wissen, was die Zukunft bringt. Externe Experten aus Zürich und Basel werden ähnliche Problematiken haben. Die haben vielleicht auch eine eigene Firma und möchten einmal lieber offerieren, als im Gremium zu sitzen. Sie können das umgehen. Es gibt die Instrumente. Man hat den Fachbeirat, der lediglich Empfehlungen abgibt. Die Verwaltung nimmt das entgegen und erarbeitet daraus Vorschläge und eine Vorlage zuhanden der politischen Behörden. Der Gemeinderat oder die Gemeinderatskommission beurteilen die Vorlage und beschliessen dann, ob etwas umgesetzt und der entsprechende Kredit gesprochen werden soll. Es gibt ein jährliches Reporting. Darin soll selbstverständlich stehen, wenn jemand aus dem Gremium einen Auftrag erhält. Das muss man transparent zeigen. Man hat jetzt ein neues Gremium, die Geschäftsprüfungskommission, welche eingesetzt werden könnte zu prüfen, ob die Verwaltung das richtig handhabt.

- 2.11 Für François Scheidegger geht das nicht, dass jemand aus diesem Gremium nachher ein Mandat für die Stadt ausführt. Wenn der Fall einträte und es ein grösserer Auftrag gäbe, müsste die Person nachher aus dem Gremium austreten.
- 2.12 Man muss den Leuten klar machen, so Patrick Crausaz, dass sie sich bei einer öffentlichen Submission wahrscheinlich bewerben können. Was nicht geht, ist, wenn man ein Einladungsverfahren hat, d.h. wenn die Stadt ein Einladungsverfahren durchführt, werden sie nicht eingeladen. Hingegen wenn man es öffentlich ausschreibt, hat man wahrscheinlich wenig Handhabung, den Mitgliedern des Beirats zu sagen, dass sich deren Firmen nicht bewerben dürfen (ausser sie verstossen gegen den geltenden Grundsatz der Vorbefassung).
- 2.13 Angela Kummer sieht es nicht als nötig an, dass man eine politische Vertretung hat. Sie sieht, dass die Verwaltung das Bindeglied ist. Es ist nicht ganz die gleiche Flughöhe wie beim Kanton, wo es um grosse Kisten geht. Der Informatikbeirat soll die Verwaltung bei ihren Aufgaben unterstützen. Die Politik hat dann die Handhabung, via Gemeinderat oder Gemeinderatskommission zu reagieren. Sie macht beliebt, dass es ein kleines Fachgremium ist. Sie kann sich auch vorstellen, dass es über die Zeit Veränderungen in der Zusammensetzung des Gremiums geben kann, wenn man für gewisse Projekte eine spezielle Person braucht.
- 2.14 Wirtschaftsförderin Susanne Sahli bemerkt, dass der Informatikbeirat mit der Webseite verlinkt ist und einen diesbezüglichen Auftrag hat. Solange man den Informatikbeirat jetzt nicht einsetzt, kann man dort nicht weitermachen.
- 2.14.1 Gemäss François Scheidegger hat die Gemeinderatskommission verlangt, dass sich der vom Gemeinderat zu wählende Informatikbeirat vorgängig zu einer Vergabe der Aufträge, mit der Materie beschäftigen und eine Empfehlung zum weiteren Vorgehen in Bezug auf eine neue Internetseite ausformulieren soll. Sie nimmt die Verzögerung von drei Monaten in Kauf. Jetzt gibt es eine weitere Verzögerung. Das ist der Punkt.
- 2.14.2 Mit der neuen Homepage, so Susanne Sahli, sind auch das Kommunikationskonzept und der neue Auftritt verbunden. Man möchte das nicht staffeln, sonst verliert man an Wirkung. Man möchte einmal mit einem Big Bang einen Launch machen.
- 2.14.3 Richard Aschberger hat einen Kompromissvorschlag: Man muss ja nicht gleich eine Kommission einsetzen. Man kann die Leute, die gewillt sind, mitzuarbeiten, anfragen und eine Arbeitsgruppe bilden. Dann kann man wenigstens das Thema bearbeiten, so dass man keine Zeit verliert. Er sieht auch, dass es massive Verzögerungen gibt und dies zu Mehrkosten führt. Dementsprechend würde er jetzt vorwärtsmachen und pragmatisch vorgehen.

Eintreten wird beschlossen.

Es ergeht stillschweigend folgender

3 Beschluss

- 3.1 Die Vorlage wird in 1. Lesung zur Kenntnis genommen.

Vollzug: Informatik, FV

FV

0.5.5 / acs

Top Entwicklungsstandort Agglomeration Grenchen: Erarbeitung Masterplan und Bewilligung Nachtragskredit

Vorlage: Wifö/07.10.2022

1 Erläuterungen zum Eintreten

- 1.1 Wirtschaftsförderin Susanne Sahli fasst die Vorlage zusammen und gibt ergänzende Erläuterungen.
- 1.2 Stadtbaumeister Aquil Briggen fasst die Vorlage zusammen und gibt ergänzende Erläuterungen.

2 Eintreten

- 2.1 Wie Gemeinderat Daniel Hafner ausführt, sichert die Agglomeration Grenchen viele wertvolle Arbeitsplätze, u.a. auch für die Region und den Kanton. Die Aussichten auf weitere Ansiedlungen sind rosig. Man hat zu diesem Zweck wertvolle Landreserven zur Verfügung und aus diesen möchte man das Optimum herausholen. Der Masterplan ist ein wichtiges Instrument dafür. Das soll die besten Voraussetzungen haben. Entsprechend unterstützt die SP-Fraktion die Anträge gemäss Vorlage.
- 2.2 Gemeinderat Fabian Affolter erklärt, dass sowohl er als Landwirt als auch der Rest der SVP-Fraktion sehr skeptisch gegenüber der Erarbeitung eines Masterplans sind. Grenchen hat viel Industrie und jeden Tag wird irgendwo wieder etwas Neues aus dem Boden gestampft. Im Rahmen des Budgets 2023 wurde über das Steuersubstrat der juristischen Personen gesprochen. Ihn dünkt, dass dies nicht so gewaltig zugekommen hat wie das, was gebaut wurde. Die SVP ist grossmehrheitlich nicht gegen die Studie oder das Aggloprogramm. Sie ist einfach skeptisch und wird das genau unter die Lupe nehmen - er erst recht, denn er wirtschaftet als Landwirt genau in diesem Gebiet. Wenn man über die Grenzen hinausschaut, sieht man, in welchem Dilemma man drinsteckt. Man spricht von Nahrungsmitteln und der Knappheit an Nahrungsmitteln. Man hat in den letzten zwei, drei Jahren festgestellt, dass man nicht alles importieren kann. Wenn das so weiter geht, wird man einmal das Gebiet vollständig überbaut haben. Man sollte vielleicht im Hinterkopf haben, dass man dann irgendeinmal darüber diskutieren wird, ob man ein Kunstrasenfeld oder einen Tennisplatz umnutzen muss, um überhaupt noch etwas zu essen zu haben. Nebst dem spricht man immer vom Naherholungsgebiet und von der Witi-Schutzzone. Die SVP unterstützt die Anträge, aber mit einer sehr skeptischen Haltung.

- 2.3 Gemäss Konrad Schleiss, Ersatz-Gemeinderat, wurde in der BAPLUK die Abrechnung eines Kredits von 2013 behandelt, wo die Stadt die Erschliessung Neckarsulm selbst organisieren wollte. Man ist dort zur Einsicht gelangt, dass das Projekt gescheitert ist. Das hing damals damit zusammen, dass die Stadt und der damalige Chef des Amtes für Raumplanung unterschiedliche Meinungen hatten. Das Amt für Raumplanung und das Amt für Tiefbau haben nicht unbedingt mit der Stadt zusammengespield. Am Ende musste man sagen, dass es nicht erfolgreich war. In Planungsprojekten muss man immer über Generationen hinausschauen. Man sieht, dass bei der letzten Richtplananpassung der Standort als Top Entwicklungsstandort in den Richtplan aufgenommen wurde. Der Kanton hat gesagt, dass man sich in diese Richtung entwickeln will, und nimmt halt einen gewissen Verlust an Fruchtfolgeflächen etc. zugunsten einer technischen, industriellen Entwicklung in Kauf. Das sind ganz hohe Planungsebenen, wo die Stadt nur mässig Einfluss nehmen kann. Er ist froh, dass der Kanton jetzt die Steuerung in die Hand genommen hat. Das ist für ihn ein Zeichen dafür, dass der Kanton sich für Grenchen einsetzen und dafür sorgen will, dass es über die Gemeindegrenze sauber koordiniert ist (betrifft auch Bettlach). In diesem Sinne ist der Rahmen innerhalb des Aggloprogramms optimal so gesetzt. Er findet es gut, dass es jetzt aufgestellt ist und man die Geschichten anschaut. INFRAS ist ein grosses Unternehmen, welches Räume im Kanton Zürich schon gut entwickeln konnte. Er ist froh über die Aussensicht. Der Masterplan wird zeigen, was man hier optimal herausholen kann.
- 2.4 Gemäss Tobias Neuhaus, Ersatz-Gemeinderat, kann wahrlich von einem Leuchtturmprojekt gesprochen werden... Welche Gemeinde hätte nicht Freude als Top Entwicklungsstandort deklariert zu werden und vom Kanton die nötige Unterstützung dafür zu erhalten? Sicher braucht es auch eine ausgewogene Erarbeitung, damit auch die Landwirtschaft ihren Platz hat. Der Masterplan ist eine Voraussetzung, die Arbeitsraumentwicklung Grenchen Südost voranzutreiben, da man im Kanton Solothurn eines der grössten zusammenhängenden Arbeitsplatzgebiete hat, wie in der Ausgangslage beschrieben. Das Zielbild 2040 mit dem Auftrag zur Schärfung des nachhaltigen Nutzungsprofils des Entwicklungsstandortes ist dabei entscheidend für das weitere Vorgehen mit Umsetzung. Für die Mitte ist das methodische Konzept mit den drei Arbeitsschritten bis zur Fertigstellung des Masterplanes sinnergebend, es wird sauber erläutert. Auch die Organisation mit den Terminen und Kosten sind gut ersichtlich. Die beiden Unternehmungen INFRAS / Hosoya Schaefer Architects AG - zeichnen sich aus Sicht der Mitte durch ihre Referenzen und mit einer sehr gut qualifizierten Kompetenz aus. Fazit: Ein wichtiger und richtiger Schritt, um den Wirtschaftsstandort Grenchen mit Agglomeration voranzubringen und zu stärken, damit Budgetdiskussionen in Zukunft wieder mehr positive Zahlen hervorbringen. Die Mitte stimmt der Erarbeitung des Masterplans «Top Entwicklungsstandort Agglomeration Grenchen» zu. Ebenso bewilligt sie den Antrag zum Nachtragskredit von CHF 35'200.00 (inkl. MwSt.). Es ist eine Investition, die sich zielgerichtet im Sinne für Grenchen lohnt. Die Mitte dankt an dieser Stelle allen Beteiligten, insbesondere Aquil Briggen und Susanne Sahli zur Setzung der richtigen Inputs. So kann das Projekt zu einem richtigen Leuchtturm werden.
- 2.5 Gemeinderat Patrick Crausaz dankt für die Erläuterungen und den involvierten Personen - in der Baudirektion und Wirtschaftsförderung - für ihre ausgezeichnete Arbeit. Die glp wird selbstverständlich den Anträgen zustimmen.
- 2.6 Es geht nicht darum, so Stadtpräsident François Scheidegger, dass morgen überbaut wird. Zuerst muss der Bauer das Land auch noch verkaufen. Es geht darum, die Fehler aus der Vergangenheit nicht zu wiederholen. Man muss bei diesem Geschäft den Zeithorizont sehen. Es wird ganz sicher Etappierungen geben. Es geht um Nachhaltigkeit

und eine sinnvolle Überbauung. Das macht die Stadt jetzt schon mit ihrer aktiven Bodenpolitik. Insbesondere die Gemeinderatskommission konnte schon sehr viele negative Sachen verhindern. Land wird nur noch an Firmen verkauft, die wirklich ein grosses Potenzial haben. Die Firmen zahlen für das Land Marktpreise. Sie müssen auch gewisse Kriterien erfüllen, z.B. Parkplätze in Tiefgaragen, Erfüllung von hohen qualitativen Standards und technischen Standards (Solaranlagen). In der Vergangenheit wurden Firmen bei Neubauten und Erweiterungsbauten durch Wirtschaftsförderungsbeiträge unterstützt. Davon ist man in den letzten Jahren abgekommen. Wenn man einer Firma Geld geben muss, damit sie nach Grenchen kommt, kommt sie gescheitert nicht. Früher hat man einfach alles genommen. Er kann sagen, dass man in jüngerer Vergangenheit schon x Firmen abgewiesen hat, weil deren Projekte nicht überzeugend waren. Man muss nicht nächstes Jahr alles überbauen. Das ist auch nicht nötig, sondern es geht darum, dass man das Ganze nachhaltig gestaltet, damit die nachfolgende Generation nachher sagen kann, dass alles Sinn macht. Negative Entwicklungen kann man insbesondere beeinflussen, wenn man Landeigentümer ist, mit diesem Instrument und indem man Kriterien entwickelt, was man dort will und was nicht. Früher hätte man einfach eingezont und etwas gebaut. Das geht heute so nicht mehr.

- 2.7 Susanne Sahli ergänzt, dass die beiden Unternehmen sehr erfahren sind. Eine Komponente ist auch, dass sie das schon mehrfach gemacht haben. Es geht darum, sich damit auseinanderzusetzen, was man will. Man muss auch die Mobilität, Nachhaltigkeit, Grünzonen mit hineinnehmen. Hier spielen ganz viele Aspekte hinein, welche dabei helfen, das Ganze in einer strukturierten Art und Weise durchzudenken.
Eintreten wird beschlossen.

3 Detailberatung

- 3.1 Keine Wortmeldungen.

Es ergeht einstimmig folgender

4 Beschluss

- 4.1 Der Erarbeitung des Masterplans «Top Entwicklungsstandort Agglomeration Grenchen» wird zugestimmt.
4.2 Zu Lasten ER 2022, Konto 7900.3132.00 «Honorare für Studien und Projektarbeiten», wird ein Nachtragskredit von CHF 35'200.00 (inkl. MwSt.) bewilligt.

Vollzug: Wifö

Gemeindepräsidium EG Bettlach
Wifö
BD
FV

7.9.1 / acs

Motion Remo Bill (SP): Einsetzung eines Gestaltungsbeirats: Beschluss über Erheblicherklärung

Vorlage: KZL/09.06.2022

1 Erläuterungen zum Eintreten

- 1.1 Gemäss Stadtpräsident François Scheidegger wurde die Motion von der Baudirektion in Koordination mit der Stadtschreiberin schriftlich beantwortet.
- 1.2 Stadtbaumeister Aquil Briggen fasst die Vorlage zusammen.
- 1.3 Wirtschaftsförderin Susanne Sahli und François Scheidegger geben ergänzende Erläuterungen.

2 Eintreten

Eintreten ist obligatorisch.

3 Diskussion

- 3.1 Laut Gemeinderat Daniel Hafner geht es Vize-Stadtpräsident Remo Bill darum, dass die Objekte, die städtebaulichen Einfluss haben, entsprechend von einem qualifizierten Gremium beurteilt werden. In Grenchen ist das immer heikel, aber es ist ein Fakt, dass Städte wie Solothurn und Olten schon lange so ein Gremium einsetzen. Grundsätzlich wird in der Schweiz so ein Gremium aus kultureller und städtebaulicher Sicht gefordert. Grenchen hinkt hier ein bisschen hinterher. Hier kann man auch eine Lücke zum Wohle der Stadt schliessen.
- 3.2 Gemeinderat Ivo von Büren ist anderer Meinung und wird beantragen, die Motion nicht erheblich zu erklären. Den Gestaltungsbeirat braucht es in seinen Augen nicht. Man kann heute schon, wenn man das will, einen informellen Gestaltungsbeirat einsetzen. Im Rahmen der Ortsplanungsrevision ist es vorgeplant. Er sieht keinen Sinn darin, die Motion erheblich zu erklären und hier vorwärtszumachen. Jetzt soll ein Gesetz erlassen werden, damit so ein Gestaltungsbeirat eingesetzt werden kann. Aus langjähriger Gemeinderatserfahrung weiss er, dass, wenn man solche Gefässe bildet, sie eingesetzt werden oder sich selbst einsetzen. Er verweist auf die Budgetkürzungen, welche bei der Geschäftsprüfungskommission vorgenommen wurden. Gemäss Traktandenliste will man heute zwei neue Beiräte einsetzen und eine neue Arbeitsgruppe schaffen. Er war im Gemeinderat dabei, als man die Behörden reorganisiert und Kommissionen und Ausschüsse aus Spargründen reduziert hat.

Gegen einen Informatikbeirat hat er nichts einzuwenden - das braucht es auch. Hingegen ist er gegen einen Gestaltungsbeirat und eine Arbeitsgruppe «Umwelt und Energie». Es geht auch ohne die beiden. Man hat eine funktionierende Baudirektion, die absolut in der Lage ist, das selbst zu beurteilen. Wenn das nicht so ist, dann hat man die falschen Leute dort, was er aber nicht glaubt. Er denkt, dass man sehr zufrieden mit der Baudirektion ist. Man hat gehört, dass es in Arbeit ist. Er ist dagegen, dass man wieder ein Gesetz erlässt, um es jetzt schon formell haben zu können.

- 3.3 Wie Gemeinderat Matthias Meier-Moreno ausführt, versucht Vize-Stadtpräsident Remo Bill mit der vorliegenden Motion die architektonische Ortsbildentwicklung der Stadt Grenchen zu sichern und längerfristig positiven Einfluss auf die Gestaltung der Siedlungsqualität nehmen zu können. Dies möchte er mittels der Schaffung eines Gestaltungsbeirats erreichen. Nun hat sich die Mitte-Fraktion gefragt, wie sehr ein solcher Gestaltungsbeirat, egal wie fachlich dieser zusammengesetzt ist, tatsächlich auf ein privates Bauprojekt Einfluss nehmen kann. Wie der Name bereits verrät, handelt es sich um einen Beirat, welcher mittels Gespräch mit dem Bauherrn, Investor und dem Architekten versuchen kann, Einfluss zu nehmen. Ob dieser dann den guten Rat annehmen will, ist dem Bauherrn überlassen. Die Mitte schätzt den Einfluss eines solchen Gestaltungsbeirats eher gering und wenig zielführend ein. Eher sieht sie die Ortsplanungsrevision und die aktive Weiterführung der Bodenpolitik mittels erfolgreicher Einflussnahme durch Wettbewerbs- und Gestaltungsplanverfahren - wie beim Munters - als adäquates Mittel zur Erreichung von architektonischer Siedlungsqualität an. Im Übrigen kann man nur dort konkret Einfluss nehmen, wo das Bauland auch der Stadt gehört. Daher gilt es auf diesem Niveau weiterzufahren - die Baudirektion ist in diesem Sinne gefordert! Er erlebt das auch in der Gemeinderatskommission, wo die Projekte sehr kritisch hinterfragt werden und auch Absagen erteilt werden. Die Mitte-Fraktion wird aus den ausgeführten Überlegungen die Motion nicht erheblich erklären.
- 3.4 Die glp, so Gemeinderat Patrick Crausaz, haben die Ausführungen der Baudirektion überzeugt. Schade steht in der Vorlage nicht, wie von der Baudirektion zuerst vorgeschlagen, dass die Motion nach einer allfälligen Erheblicherklärung abzuschreiben sei. Denn dieser Antrag macht für ihn durchaus Sinn.
- 3.5 Konrad Schleiss, Ersatz-Gemeinderat, hat auch nicht ganz verstanden, warum die Motion den gleichlautenden Text wie im Entwurf Baureglement drin hat. Der einzige Sinn, den er darin sieht, ist, dass man bereits jetzt darüber diskutieren kann und es nicht erst bei der Auflage der Ortsplanung kommt. Es ist auch nicht so, dass der Gestaltungsbeirat nur für stadteigenes Land eingesetzt werden soll, wie Matthias Meier-Moreno vorhin erwähnt hat. Er verweist z.B. auf das Projekt «Regiobank EPA Parkplatz», wo die BAPLUK u.a. lange über die Anzahl Parkplätze resp. die Bedingungen zur Reduktion von Parkplätzen diskutiert und einen Mobilitätsplan eingefordert hat. Er wäre als BAPLUK froh um so eine Fachberatung, dann könnte man externe Berater mit Beurteilungen beauftragen. Im Moment spricht man von drei Experten, die solche Projekte aus fachspezifischer Seite beurteilen und Vorschläge unterbreiten können. Denn eine Kommission, die beschliesst, dass es nicht geht, bedeutet in der Regel bereits den Todesstoss für einige Projekte. Das möchte man gar nicht so. Egal, was man heute betreffend Motion beschliesst, dieses Thema steht in der Ortsplanungsrevision so drin. Man könnte die Motion im Moment erheblich erklären und sagen, dass sie dann im Rahmen der Ortsplanungsrevision abgeschrieben wird. Die allgemeine Richtung ist vorgegeben.

- 3.6 Gemäss Gemeinderat Alexander Kaufmann ist es eine Tatsache, dass man von diesem Gestaltungsbeirat profitieren könnte. Man ist in der BAPLUK leider nicht so besetzt, dass alle vom Bau sind - das ist kein Vorwurf, das ist nun einfach so. Aber auch die Baudirektion könnte bei gewissen Geschäften profitieren. Da die ganze Architektur sehr komplex ist, wäre dies auch nötig. Mit der vorliegenden Motion wollte man das etwas pushen und nicht bis zur Ortsplanungsrevision warten, weil man jetzt schon die grossen Geschäfte hat. Deshalb wäre man froh, wenn man es vorziehen könnte.
- 3.7 Gemeinderätin Angela Kummer verweist darauf, dass man es bei aktuellen Projekten in der Wirtschaftsförderung schon pragmatisch getestet hat und es wirklich ein gangbarer Weg ist und zu Verbesserungen führt. Sie sieht den Vorstoss als politische Legitimation, dass man den Weg bis zum Abschluss der Ortsplanungsrevision weitergehen kann. Ist man einverstanden, dass man es punktuell weiterziehen und beim einen oder anderen Projekt auch weiterzuführen kann? Oder ist man der Meinung, dass man das nicht mehr machen soll? Es gibt immer einen pragmatischen Weg. Die Frage ist einfach, ob dies vom Gemeinderat so gewollt ist. Ihr ist klar, dass das, was nachher kommt, schon aufgegleist ist.
- 3.8 Gemeinderat Robert Gerber erkundigt sich, wie lange es nach einer Erheblicherklärung der Motion geht, bis der Gestaltungsbeirat eingesetzt werden kann.
- 3.9 Gemäss Aquil Briggen muss der Gestaltungsbeirat im Baureglement definiert werden. Die Änderung des Baureglements muss auf Antrag des Gemeinderates von der Gemeindeversammlung beschlossen und vom Regierungsrat genehmigt werden.
- 3.10 Im Antrag der Motion, so François Scheidegger, steht: *Dem Gemeinderat ist ein konkreter Vorschlag für die Einsetzung eines Gestaltungsbeirats bei Bau- und Gestaltungsfragen vorzulegen.* Er gibt den Kritikern Recht. Eigentlich hat man das schon gemacht. Was man nachher genau machen muss, ist dann auch noch die Frage.
- 3.10 Konrad Schleiss macht beliebt, folgende neue Ziff. 4.2 zu ergänzen: «Die Motion ist zusammen mit der Ortsplanungsrevision zu behandeln und abzuschreiben.» Er möchte nicht, dass man sich im Vorfeld so eine Arbeit macht. Die Zeitachse Ortsplanungsrevision sieht wie folgt aus: Fertigstellung Arbeiten zuhanden 2. Kantonalen Vorprüfung, öffentliche Auflage im 2023, Vollendung Ortsplanungsrevision Ende 2023. Wenn man jetzt das Baureglement mit diesem Teil überarbeiten würde, ist das nicht sinnvoll. Es muss zusammen mit der Ortsplanungsrevision kommen.
- 3.11 Ivo von Büren versteht nicht, warum man die Motion überhaupt erheblich erklären und abschreiben soll. Das braucht es gar nicht. Er stellt den Antrag, die Motion nicht erheblich zu erklären.
- 3.12 Gemeinderat Fabian Affolter stellt fest, dass das, was man jetzt diskutiert, in der Ortsplanungsrevision eingeplant ist. Es wird davon ausgegangen, dass es umgesetzt wird und in ungefähr zwei Jahren durch ist. Die Arbeit, die man sich machen würde, ist für nichts getan.
- 3.13 Keine weiteren Wortmeldungen.
- Gemeinderat Alexander Kaufmann verlässt den Saal.*

Es ergeht mit 8 : 5 Stimmen, bei 1 Enthaltung, folgender

4 Beschluss

4.1 Die Motion wird nicht erheblich erklärt.

Vollzug: BD

BD

0.1.8 / acs

Überparteiliche Motion: Schaffung einer Arbeitsgruppe „Umwelt und Energie“: Beschluss über Erheblicherklärung

Vorlage: KZL/24.11.2022

1 Erläuterungen zum Eintreten

1.1 Gemäss Stadtpräsident François Scheidegger wurde die Motion von der Baudirektion in Koordination mit der BAPLUK und der Stadtschreiberin schriftlich beantwortet.

1.2 Stadtbaumeister Aquil Briggen fasst die Vorlage zusammen.

2 Eintreten

Eintreten ist obligatorisch.

3 Diskussion

3.1 Wie Gemeinderätin Angela Kummer ausführt, haben die meisten Gemeinden spezielle Umweltkommissionen, welche diese Themen bearbeiten. Leider war der politische Wille letzten Frühling nicht da, auf Beginn dieser Legislatur die Umweltkommission von der Bau- und Planungskommission zu entkoppeln, um den Klima- und Umweltthemen die nötige Aufmerksamkeit zu schenken. Das wäre der richtige Weg gewesen, zumal eine politisch zusammengesetzte Arbeitsgruppe gewisse Vorentscheide zuhanden Gemeinderat fällen könnte. Nun ist der Vorschlag der SP via vorliegende Motion, eine „kleinere“ Änderung hinzukriegen, damit man mehr Fachwissen zu den Themen Umwelt und Energie einholen kann. Fakt ist, dass sich die BAPLUK viel zu wenig um Umwelt- und Energiethemen kümmern kann, da sie neben all den Baugeschäften eigentlich gar keine Zeit dazu hat. Die Mitglieder selbst hätten wohl nicht Freude, wenn die Sitzungen noch länger dauern würden. Dass die Umweltthemen zum Tragen kommen, dem kann sie nicht beipflichten, man will sich wie immer herausreden. Die SP will nichts aufplustern, aber sie findet, dass eine fachliche Unterstützung nötig wäre. Es muss aber nicht eine politische Gruppe sein. Die „Arbeitsgruppe Umwelt und Energie“ soll die Verwaltung und die BAPLUK in Umwelt- und Energiethemen beraten. Themen wie energetische Sanierung, Förderung Biodiversität etc. sollen vorwärtsgetrieben und nicht auf die lange Bank geschoben werden. Diese Arbeitsgruppe wäre vergleichbar mit dem Gestaltungsbeirat oder dem Informatikbeirat: Die BAPLUK holt sich auf pragmatische Weise fachliches Wissen ab, welches sie nicht selbst bereitstellen kann. Die Arbeitsgruppe soll helfen, die nötigen Entscheidungen zu treffen.

Der Klimawandel und die globale Erwärmung sind die grössten Herausforderungen, denen man sich heute stellen muss und die einen in den nächsten Jahren noch teuer zu stehen kommen werden. Betreffend Energiestadt (Label Gold) wartet man auch schon lange auf einen Plan.

- 3.2 François Scheidegger erwidert, dass betreffend Energiestadt eine GR-Vorlage bei der Baudirektion in Arbeit ist.
- 3.3 Gemeinderat Patrick Crausaz erklärt, dass die glp (seine Vorgängerin Nicole Hirt) die Motion mitunterzeichnet hat. Er hält sie aber nicht zielführend. Die Arbeitsgruppe „Umwelt und Energie« existiert bereits mit informellem Charakter. Es arbeiten engagierte und schlaue Köpfe in der Arbeitsgruppe mit und tragen verschiedenste Ideen und Anregungen zum Thema in die Arbeitsgruppe. Sie kann frei und ohne Sachzwänge agieren und ist auch in der Zusammensetzung flexibel und agil. Auch politische Personen, darunter Gemeinderäte und Ersatz-Gemeinderäte, arbeiten in der Arbeitsgruppe mit. Was will die Motion primär erreichen? Die Motion moniert zu Recht, dass die Themen Umwelt und Energie in der BAPLUK zu kurz kommen. Nicht aufgrund fehlender Kompetenzen oder mangelnden Interessens, sondern schlicht aus dem Grund knapper Ressourcen! Bei der Behandlung von rund 100 Geschäften im Jahr in ca. 10 Sitzungen ist das nicht weiter verwunderlich. Da leistet seiner Meinung nach eine weitere Arbeitsgruppe nicht zwingend Abhilfe. Im Gegenteil, es wird noch gefordert bzw. erwartet, dass in der Arbeitsgruppe ein Mitglied der BAPLUK und der Baudirektion vertreten sind, was noch zu einer Mehrbelastung der ohnehin bereits stark engagierten Personen führt! Daher schiesst der Motionstext am Ziel vorbei! Zielführender wäre es, wenn die BAPLUK um einen Sitz erweitert wird. Und zwar mit einer Person, die sich explizit und ausschliesslich um die Themen Umwelt und Energie kümmert. Diese Person kann bei «geeigneten Geschäften» ihren Input einbringen und zumindest dafür sorgen, dass die Themen in der BAPLUK zur Diskussion kommen. Weiter könnten die Wahlvorschläge für diese Person aus der informellen Arbeitsgruppe „Umwelt und Energie« erfolgen. Er wird sich der Stimme enthalten. Man wird nochmals mit einem Vorstoss kommen.
- 3.4 Wie Gemeinderat Robert Gerber ausführt, verlangt diese Motion die Schaffung einer Arbeitsgruppe «Umwelt und Energie». Die Worte Umwelt und Energie sind täglich in aller Leute Munde und darum mag die Thematik eine gewisse Aktualität haben. Bei näherer Betrachtung der Gemeindeorganisation zeigt sich aber, dass diese seit rund 20 Jahren aus weniger Kommissionen, weniger Arbeitsgruppen und weniger Ausschüssen besteht. Die heutige Bau-, Planungs- und Umweltkommission, kurz BAPLUK genannt, ist ein Paradebeispiel, wie man versucht hat etwas Effizienz in die politischen Abläufe zu bringen. Er ist sich bewusst, dass die Worte Effizienz und Politik zwei verschiedene Dinge sind und es Kreise gibt, denen Effizienz in den politischen Abläufen ein Gräuel sind. Begründung: Politische Entscheide müssten breit abgestützt ausdiskutiert und nicht effizient abgehandelt werden. Das mag auf den ersten Blick eine gewisse Richtigkeit haben. Ausser Acht gelassen wird dabei aber die Tatsache, dass die sonst schon trägen politischen Entscheidungswege mit dem Einsatz von zusätzlichen Ausschüssen und Arbeitsgruppen noch träger werden und manchmal fast zum Stillstand kommen. Aus diesem Grunde ist die FDP-Fraktion der Meinung, dass auf das Einsetzen einer neuen Arbeitsgruppe zu verzichten sei. Er hat vorhin das Wort BAPLUK kurz zitiert. Das waren einmal verschiedene Kommissionen. Es gab eine Baukommission und eine Planungskommission. Er mag sich noch gut erinnern, wie sich diese beiden Kommissionen das Leben schwer machten und der Ablauf der Geschäfte dadurch praktisch zum Erliegen kam. Das war mit ein Grund, dass man diesen Streithähnen die Flügel stutzte und beide Gremien zu einer Kommission zusammenschloss.

Es ist in der Vorlage richtig erwähnt, dass der Buchstabe U im Kürzel BAPLUK für Umwelt steht. Was es braucht, ist nicht eine neue Arbeitsgruppe, sondern ein klares Pflichtenheft und einen Aufgabenkatalog für die bestehende Kommission. Wenn man der Auffassung ist, die Umweltthemen kämen in dieser Kommission zu kurz, ist das zu ändern und nicht ein neues Gremium zu konzipieren. In der Vorlage ist weiter erwähnt, wie viele Kommissionen andere Gemeinden und Städte - konkret Solothurn und Zuchwil - eingesetzt haben. Da wird ihm Angst und Bang. Je mehr solche Gremien eingesetzt werden, je mehr Papiertiger entstehen. Das ist nicht die Lösung. Dem Klima und der Umwelt hilft man nicht mit neuen Kommissionen, Arbeitsgruppen und Ausschüssen. Dem Klima und der Umwelt hilft man mit der Umstellung des eigenen Verhaltens am besten. Taten statt Worte. Die FDP-Fraktion ist für Nicht-Erheblicherklärung dieser Motion.

- 3.5 Die SVP-Fraktion, so Gemeinderat Marc Willemin, schliesst sich dem Votum von Robert Gerber an. Die BAPLUK ist nicht so überlastet, man lässt auch Sitzungen ausfallen. Es stimmt also nicht, dass die BAPLUK nicht genügend Zeit hat, diese Themen zu behandeln. Die Baudirektion kann Leute bringen, um die BAPLUK zu beraten.
- 3.6 Gemäss Tobias Neuhaus, Gemeinderat-Ersatz, sind Energie- und Umwelt-Themen nicht nur heute mit den bekannten Herausforderungen wichtig, sondern werden die Zukunft vermehrt mitbestimmen. Auch die Mitte steht zu diesen Themen. Mit der BAPLUK besteht bereits eine Kommission, welche sich nicht nur mit Bau- und Planungsthemen beschäftigt, sondern sich auch den Umwelt-Themen annimmt oder eben annehmen sollte. Es heisst ja «Bau, Planung und Umweltkommission». Wichtig für die Mitte ist, dass Anliegen aus dem Themenfeld Energie und Umwelt daher direkt an die Mitglieder der BAPLUK gelangen sollten, damit ein aktiver Austausch zu diesen Themen gepflegt werden kann. Auch die Kommissionsmitglieder wollen sich den Themen mehr widmen, womit zusätzlich durch die Arbeitsgruppe Energiestadt alles abgedeckt ist. Eine Konkretisierung des Pflichtenheftes hilft sicher, zudem steht die Mitte einem Vorstoss, wie von Patrick Crausaz vorhin angemerkt, offen gegenüber. Sie schätzt den klaren, direkten und unkomplizierten Kommunikationsweg zwischen BAPLUK und der Baudirektion, damit das Sprichwort «Zu viele Köche verderben den Brei» durch eine zusätzliche Arbeitsgruppe eben nicht wahr wird. Das Risiko, dass bei Unstimmigkeiten ein bedeutendes Projekt für die Bevölkerung ins Stocken gerät und nicht vom Fleck kommt, ist einfach zu gross, als dass die Mitte einer Schaffung einer Arbeitsgruppe «Umwelt und Energie» zustimmen würde. Sie stellt sich somit hinter die Stellungnahme der Baudirektion, sieht daher keinen Handlungsbedarf und erklärt die Motion als nicht erheblich.
- 3.7 Nach Auffassung von Gemeinderat Matthias Meier-Moreno Matthias sind die BAPLUK und die Baudirektion aufgefordert, vermehrt ein Augenwerk auf Energie und Umwelt zu legen. Es ist wichtig, die richtigen Massnahmen zu greifen. Das Pflichtenheft der BAPLUK ist entsprechend anzupassen und dem Gemeinderat zur Genehmigung vorzulegen. Dann sind alle zufrieden.
- 3.8 Keine weiteren Wortmeldungen.

Es ergeht mit 9 : 4 Stimmen, bei 2 Enthaltungen, folgender

4 Beschluss

- 4.1 Die Motion wird nicht erheblich erklärt.

BD
BAPLUK

0.1.8 / acs

Postulat Daniel Hafner (SP): "Die nette Toilette" - die Lösung für Grenchens Probleme wegen mangelnder öffentlicher WC-Anlagen: Beschluss über Erheblicherklärung

Vorlage: KZL/11.10.2022

1 Erläuterungen zum Eintreten

1.1 Gemäss Stadtpräsident François Scheidegger wurde das Postulat von der Standortförderung in Koordination mit der Finanzverwaltung, Baudirektion, Jurassonenseite und Stadtschreiberin schriftlich beantwortet.

1.2 Gemeinderat Daniel Hafner arbeitet in der Öffentlichkeit und kennt das Problem aus eigener Erfahrung. Er findet, dass Handlungsbedarf besteht. Entgegen der Vorlage braucht es nicht zwanzig Beizen, sondern fünf. Es müssen auch nicht alle Konditionen erfüllt sein (z.B. Wickeltisch, 7 Tage offen, behindertengerecht). Wenn man das Label anbringt, kann man genau definieren, was dann offen ist. Eine Toilette per se reicht. Es würden 5 Restaurants reichen: im Zentrum das Passage, im Westen das Kulla, im Osten das Pomodoro, im Norden das Feldschlösschen und im Süden das Velodrome. 1'000 Franken pro Restaurant sind ein Richtwert. Man kann auch CHF 500.00 oder 600.00 zahlen. Dazu kommt eine einmalige Labelgebühr von ca. CHF. 1'000.00. Somit hat man etwas Offizielles und findet Eingang in die entsprechenden Online-Medien. Dann kann man die Leute, die sich darum kümmern, und die Beizen auch ein wenig unterstützen. Es ist durchführbar. Deshalb bittet den Rat, den Vorstoss erheblich zu erklären, damit man auf diesem Weg das Problem in Grenchen lösen kann. Es sind sich alle einig, dass man keine öffentliche Toilette mehr in Grenchen realisieren will.

1.3 Stadtschreiberin Luzia Meister ergänzt die Ausführungen in der Vorlage.

2 Eintreten

Eintreten ist obligatorisch.

3 Diskussion

3.1 Gemäss Gemeinderat Marc Willemin ist es gut, wenn man in einer Beiz die Toilette benutzen darf. Es wäre aber auch gut, wenn man dort einen Kaffee oder ein Mineralwasser trinken würde. Wenn man kein Geld für einen Kaffee hat, kann man anständig fragen und dann geht es wohl auch.

- 3.2 Tobias Neuhaus, Ersatz-Gemeinderat, erklärt, dass es eine grosse Diskussion in der Mitte-Fraktion gab, wobei das Thema polarisierte. Ist die Idee um «Die nette Toilette» also nett? Sie ist nett - beschloss eine Mehrheit an der Fraktionssitzung. Eine Grundsatzfrage, die sicher zur Entscheidung beigetragen hat und andere Fragen zusätzlich aufwirft - pragmatisch und sachlich: Falls sich einige Gastrobetriebe für «Die nette Toilette» finden lassen würden und diese die Anforderungskriterien erfüllen möchten, egal wie hoch diese sind, sollte die Stadt Grenchen da Stolperstein sein? Für eine Idee, welche nur umsetzbar ist, wenn gewisse Gastrobetriebe mitmachen? Für vielleicht ein Bedürfnis, dass die Stadt Grenchen noch nicht richtig einschätzen kann in der Bevölkerung? Für die Jurasonnenseite (Grenchen), welche das Postulat befürwortet und die Etikette «Die nette Toilette» zu Marketingzwecken verwenden darf? Und last but not least für die Finanzverwaltung, die selbst den finanziellen Aufwand als gering einschätzt und den Nutzen als gross bezeichnet? Die Mitte will dem Gastrogewerbe keine Stolpersteine in den Weg legen. Grössere Budgetanpassungen wurden heute vorgenommen. Dies ist eine kleine Geste. Daher sollte man es möglich machen, denn schlussendlich sollten die Gastrobetriebe die Hauptentscheidungsträger sein, was sie selbst verwirklichen wollen oder eben nicht. Die Mitte wird deshalb das Postulat «Die nette Toilette» unter der Bedingung der Findung der Gastrobetriebe und deren Erfüllung der Anforderungskriterien erheblich erklären.
- 3.3 Das Anliegen von Konrad Schleiss, Ersatz-Gemeinderat, wäre, dass man eine Offensive für öffentliche Toiletten lanciert. Das sind keine Toiletten, wo er eine Identitätskarte abgeben muss, um einen Schlüssel zu bekommen, und dann wieder anstehen muss, um die Identitätskarte zurückzuerhalten, wenn er im Zeitdruck ist. Wenn er ein Bedürfnis hat, möchte er eine öffentliche Toilette. Es gibt sichere öffentliche Toiletten. Vielleicht muss man sich über Bezahl-Toiletten unterhalten. Alle Städte konnten das Problem schon angehen. Er würde bleiben machen, dass man zusammen mit Grenchen Tourismus oder Jurasonnenseite ein Label nimmt, das man allen Beizen anbieten kann, die das unbezahlt an ihre Eingangstüre kleben. Auf dem Kleber könnte stehen: *«Bei uns dürfen Sie die Toilette benutzen - lieber kommen Sie aber noch einen Kaffee trinken!»* Er möchte nicht Geld ausgeben, um irgendwo auf die Toilette gehen zu können. Er kennt so Lösungen, wo Beizer sagen, dass die Benutzung der Toilette ohne Konsumation einen Franken kostet. Das können die Beizen aus Eigeninitiative so machen. Er sieht es nicht als Aufgabe der Stadt an, dies von aussen zu organisieren. Darum kann er ehrlicherweise mit dem Postulat so nichts anfangen.
- 3.4 Keine weiteren Wortmeldungen.

Es ergeht mit 8 : 7 Stimmen folgender

4 Beschluss

- 4.1 Das Postulat wird erheblich erklärt.

SF
BD
FV

7.8 / acs

Mitteilungen und Verschiedenes

1 Energiemangellage

- 1.1 Gemeinderätin Angela Kummer erkundigt sich, wie der Stand der Dinge in der Arbeitsgruppe Energiemangellage ist.
- 1.2 Stadtpräsident François Scheidegger erklärt, dass ein Sonderstab unter der Leitung von Stadtschreiberin Luzia Meister eingesetzt wurde. Die Gemeinderatskommission hat an ihrer Sitzung vom 28. September 2022 als Sofortmassnahme beschlossen, dass die städtische Weihnachtsbeleuchtung auf den Marktplatz konzentriert wird. Für die GRK-Sitzung vom 9. November 2022 ist eine Vorlage mit weiteren Massnahmen zur Energiemangellage geplant (Festlegung max. Heiztemperaturen in öffentlichen Gebäuden, Senkung Wassertemperatur in der Schulschwimmhalle, Reduktion Anzahl Leuchtkörper in Gängen, Lagerräumen u.a.m.).
- 1.3 Wo sich energetische Infrastruktur-Massnahmen bei städtischen Gebäuden aufdrängen, so Luzia Meister, wird die Baudirektion die nötigen Abklärungen veranlassen und die allenfalls notwendigen Nachtragskredite für eine zügige Umsetzung einholen. Die Baudirektion wird auch mit der SWG schauen, wie man die Beleuchtung sinnvollerweise reduziert werden kann.